

Liebe Freiburgerinnen und Freiburger,

Weihnachten steht vor der Türe – und damit eine sehr besondere Zeit. Weihnachten ist eine Zeit der Ruhe, der Wärme und vor allem auch der Mitmenschlichkeit.

In den vergangenen Wochen und Monaten bin ich in unserer Stadt zahlreichen Menschen begegnet, die sich um andere kümmern: um ältere oder kranke Menschen, um Kinder und Jugendliche, die es schwerer haben als andere, um Wohnungslose und um so viele Menschen mehr. Ihnen allen, allen Engagierten, möchte ich an dieser Stelle meinen herzlichen Dank aussprechen. Sie alle machen unsere Stadt menschlich. Sie alle fördern Gemeinschaft. Sie alle suchen das, was uns Menschen verbindet, und nicht das, was uns trennt. Das ist ungemein wichtig – gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung. Weihnachten steht vor der Türe. Das bedeutet auch, dass das Jahr 2025 bald zu Ende geht: Ein Jahr, in dem unglaublich viel geschehen ist. In vielen Bereichen konnten wir unser Freiburg weiter voranbringen.

Mit dem „Colombini“ gibt es einen tollen neuen Kinderspielplatz im Colombi-Park. Im Westbad gibt es nach über 20 Jahren endlich wieder ein Außenbecken. Mit dem Projekt „Grün-Oasen“ verschönern wir verschiedene Plätze in der Innenstadt und im gesamten Stadtgebiet mit neuen Sitzgelegenheiten, mehr Bäumen und mehr Schatten. Und besonders schön: Auch viele Mitbürgerinnen und Mitbürger haben bei diesen Projekten mit Spenden und freiwilligem Engagement tatkräftig mitgeholfen. Danke dafür!

Richtig etwas geschafft haben wir auch beim Thema Wohnen: Schon seit einigen Jahren läuft die größte Wohnbauoffensive in der Geschichte unserer Stadt. Und vor Kurzem haben wir einen echten Meilenstein erreicht: Allein in diesem Jahr hat unsere Freiburger Stadtbau 1000 Wohnungen im Bau. Voran geht es auch im neuen Stadtteil Dietenbach – die Erschließungsarbeiten laufen, und im ersten Bauabschnitt entstehen dort etwa 1650 Wohnungen. Und im neuen Baugebiet Kleineschholz wurden bereits die ersten Bauanträge eingereicht, der Baubeginn für die ersten Gebäude soll Anfang nächsten Jahres sein. Gerade in Kleineschholz gehen wir bewusst neue Wege für bezahlbaren Wohnraum: mit gemeinwohlorientierten Akteuren und ohne Profitmaximierung.

Natürlich denken wir auch an alle Schülerinnen und Schüler: Zum Schuljahresbeginn konnte der Neubau der Staudinger-Gesamtschule fertiggestellt werden – insgesamt haben wir dort mehr als 110 Millionen Euro investiert. Und auch in der Anne-Frank-Schule gab es Grund zu feiern: Dort haben wir 31 Millionen Euro investiert – unter anderem für den Ganztagsbetrieb und für zwei neue Kitas.

Wir wollen unsere Stadt jeden Tag ein bisschen besser machen. Umso schöner ist es, dass das sogar bundesweit gesehen wird. Vor Kurzem hat eine repräsentative Umfrage gezeigt: Freiburg wird deutschlandweit extrem positiv wahrgenommen. Besonders stark schneidet unsere Stadt in den Kategorien Attraktivität für Familien, Lebensqualität, schönes Stadtbild und bei der Fortschrittlichkeit im Umwelt- und Klimaschutz ab. Damit belegt Freiburg erstmals Platz 2 bei den stärksten Stadtmarken Deutschlands, gleich hinter Hamburg – ein toller Erfolg! Danke an alle, die dazu beitragen, insbesondere auch an unseren Gemeinderat und unsere Ortschaftsräte.

Liebe Freiburgerinnen und Freiburger, für die bevorstehenden Festtage wünsche ich Ihnen eine erholsame Zeit – und für das neue Jahr alles Gute!

Ihr Oberbürgermeister Martin Horn

Klares „Ja!“ im Gemeinderat

Grundsatzbeschluss für die Beauftragung einer Generalsanierung der Echte-Helden-Arena

Als „greifbar wie nie“ hatte Oberbürgermeister Martin Horn die Generalsanierung der Eishalle schon bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der Machbarkeitsstudie genannt (siehe vorige Ausgabe). Der Gemeinderat hat diese Einschätzung mit dem fast einstimmigen Grundsatzbeschluss jetzt deutlich unterstrichen.

Ein „klares Ja“ hatte sich der OB eingangs der Debatte gewünscht – und wurde erhört. Auch die Grünen stimmten zu, obwohl für sie das Thema weiterhin ein „zweischneidiges Schwert“ sei, wie Simon Sumbert bekannte. Ökologisch und finanziell sei die Entscheidung sehr schwierig. „Gut für den Klimaschutz ist und wird eine Eishalle nicht.“ Trotz der Sorge, dass „bei anderen Projekten die Kräfte fehlen“ könnten, spreche aber „auch viel für die Sanierung“. Die jetzt gefundene Lösung sei zwar „immer noch teuer, aber immerhin darstellbar“.

„Das Ding wird kommen!“

Weniger schwer tat sich SPD/JF-Stadtrat Stefan Schillinger, dem „Grundsatzbeschluss mit erheblicher Tragweite“ zuzustimmen. „Das Ding wird auf jeden Fall kommen!“, so seine Prognose. Außerdem sei die einzige Alternative zur Eishalle „keine Eishalle“. Für die anstehenden Diskussionen empfahl er als Motto: „Augen zu und durch.“

Gregor Mohlberg von Eine Stadt für alle wünschte sich, die „Themen nicht gegeneinander auszuspielen“. Er betonte die überregionale Bedeutung des Projekts, die man auch bei der ökologischen Bewertung beachten müsse.

Arno Heger machte für die CDU keinen Hehl daraus, dass „zu einer Sportstadt Eissport gehört“. Die Sanierung sei zwar wie „eine Operation am offenen Herzen ohne Narkose“, aber ohne Alternative. Weil die finanziellen Spielräume eng seien und „aus Verantwortung für den Gesamthaushalt“ stellte seine Fraktion gemeinsam mit den Grünen, SPD/JF sowie Freiburg Lebenswert einen Antrag, mit dem Finanzierungskonzept bereits festzulegen, wie mit etwaigen Mehrkosten umgegangen werden soll. „Ein klares Bekenntnis zum EHC sieht anders aus“, kommentierte das Freien-Wähler-Chef Johannes Gröger. Es sei völlig absehbar, dass der Verein über die zugesagten neun Millionen Euro hinaus kein Geld beisteuern könne.

Satirisch und mit vielen Wortspielen auf „Eis“ garnierte Sophie Kessl von FR4U das Thema. „Das Eis ist gebrochen“, dennoch sei „die Kuh noch nicht vom Eis“. Die vier Frauen ihrer Fraktion stimmten unterschiedlich ab: eine dafür, eine Enthaltung, zwei dagegen – die einzigen beiden in der Schlussabstimmung.

Geschlossen für die Sanierung stimmte die FDP/BfF-Fraktion, deren Sprecher Sascha Fiek „jetzt endlich den Puk im Tor versenken“ wollte. Auch die AfD sagte mit Stadtrat Karl Schwarz „Ja zur Generalsanierung“, die für FL-Einzelkämpfer Wolf-Dieter Winkler mit Verweis auf die gegenüber einem Neubau gesparte graue Energie „die beste Lösung“ darstellt.

Vor der finalen Abstimmung gab es dann auch von der Bürgermeisterbank eine Einschätzung des 39-Millionen-Euro-Projekts. „Das ist die günstigste, wirtschaftlichste und ökologischste Lösung“, sagte Baubürgermeister Martin Haag. Sport- und Finanzbürgermeister Stefan Breiter ergänzte, dass mit der „Flickschusterei“ an der Eishalle Schluss sein müsse. Und OB Martin Horn forderte alle im Rat auf, ihre politischen Kontakte zu nutzen, damit „möglichst viele Sportmillionen aus Berlin nach Freiburg kommen“.

Damit das gelingt, fällt der Gemeinderat direkt im Anschluss einen zweiten Beschluss, diesmal sogar einstimmig: Außer mit der Eishalle soll sich die Stadt Freiburg auch mit der Sanierung des Haslacher Bads und der Steinriedhalle in Waltershofen um eine Förderung im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten“ bewerben. Pro Projekt wären bis zu acht Millionen Euro Zuschuss möglich. Die Bewerbungsfrist endet schon am 15. Januar, voraussichtlich spätestens im März wird der Haushaltsausschuss des Bundestags darüber entscheiden. Nicht nur für Eissportfans heißt das: Daumen drücken!

Erinnerung an Eugen Martin

Am 28. Dezember würde Freiburgs Ehrenbürger 100 Jahre alt werden

Zum 100. Geburtstag erinnert die Stadt an ihren Ehrenbürger, der das öffentliche Leben Freiburgs über Jahrzehnte entscheidend geprägt hat. Sein Wirken bleibt weit über seinen Tod im Jahr 2010 hinaus spürbar.

„Freiburg lebt davon, dass Menschen Verantwortung übernehmen und sich für das Gemeinwohl einsetzen. Eugen Martins Wirken zeigt, wie viel eine einzelne Persönlichkeit für eine ganze Stadt bewegen kann“, betonte Oberbürgermeister Martin Horn.

Eugen Martin wurde 1925 in Freiburg geboren und im Zweiten Weltkrieg schwer verwundet. 1953 gründete er die Firma Marco, die mit Industrie- und Spezialreinigungsmitteln international erfolgreich war.

Von 1968 bis 1974 sowie von 1975 bis 1981 gehörte er für die FDP dem Gemeinderat an und war viele Jahre im Landesvorstand. 1985 wurde er Präsident der IHK Südlicher Oberrhein, später ihr Ehrenpräsident. Zudem wirkte er in nationalen und europäischen Gremien und setzte sich für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein ein.

Besonders prägend war sein Wirken als Stifter und Mäzen, etwa seine Unterstützung für das Freiburger Münster und für die Restaurierung des Historischen Rathauses. 1997 gründete er die Eugen-Martin-Stiftung, die bis heute zu den größten Stiftungen Freiburgs gehört und für ihr langjähriges Engagement für Spielplätze und Freizeitflächen bekannt wurde. Jüngst unterstützte sie die neuen Vitrinen in der Schatzkammer des Augustinermuseums, die ab März öffentlich zu sehen sein werden.

2006 verlieh ihm der Gemeinderat die Ehrenbürgerwürde, 2007 wurde er mit dem Großen Bundesverdienstkreuz geehrt. Eugen Martin starb am 15. Dezember 2010, kurz vor seinem 85. Geburtstag.

„Dann machen das eben wir“ heißt ein Film über Eugen Martins Leben. Zu sehen ist er auf www.eugen-martin-stiftung.de

Zwei Pausen

Vier Wochen kein Amtsblatt

Wie immer legt die Amtsblatt-Redaktion zwischen den Jahren eine kleine Pause ein. Weil im Rathaus für ein paar Tage die Arbeit weitgehend ruht, tun wir es den Kolleg*innen gleich. Die nächste Ausgabe steckt daher erst am 17. Januar in den Briefkästen.

Vier Monate ohne Fraktionsbeiträge

Deutlich länger ist die Pause, die die Fraktionen wegen der bevorstehenden Wahlen einlegen müssen. Wie von der Gemeindeordnung vorgeschrieben erscheinen erst nach der Oberbürgermeisterwahl wieder Fraktionsbeiträge – frühestens also am 9. Mai.

Querformat

Hinschauen statt wegschauen

Sie haben Menschen in einer medizinischen Notsituation oder vor Gewalt gerettet – oder davor bewahrt, sich das Leben zu nehmen. Dafür wurden jetzt Greta Köpf und Sophia Speer (3. und 4. v. l.) sowie Jochen Bienert, Uwe Sonntag und Lennart Schweigler (v. r.) vom Verein Sicheres Freiburg und der Kommunalen Kriminalprävention der Stadt geehrt. „Zivilcourage zeigt sich dort, wo Menschen hin- statt wegschauen“, sagte Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach (3. v. l.). „Sie entsteht nicht zufällig, sondern aus einer inneren Haltung heraus, und aus der Bereitschaft, im entscheidenden Moment nicht passiv zu bleiben.“ Die Auszeichnung wolle ein Zeichen setzen für eine aufmerksame Stadtgesellschaft. „Ohne Sie wäre Freiburg ärmer“, betonte Meinrad Drumm (2. v. l.) vom Vorstand von Sicheres Freiburg; Geschäftsführer Mark Bottke (l.) führte durch den Abend. „Ihr beherzter Einsatz ist nicht selbstverständlich“, sagte Uwe Oldenburg (4. v. r.), Polizeivizepräsident und stellvertretender Vorsitzender des Vereins. „Dafür braucht es Mut und Entschlossenheit, und man muss vielleicht auch über den eigenen Schatten springen. Dafür haben Sie diese Ehrung verdient.“

Erste Bezahlkarten gibt es 2026

Gemeinderat will beim Land prüfen lassen, ob eine Aussetzung infrage kommt

Auf Anweisung des Landes muss die Stadt die Bezahlkarte für Asylbewerber*innen einführen. Die Mehrheit im Gemeinderat findet das nicht gut und empfiehlt der Stadtspitze, beim Land einen Antrag auf Aussetzung zu stellen.

Wer Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezieht, bekommt das Geld in Zukunft über eine guthabenbasierte Debitkarte ohne Kontobindung ausgezahlt. Maximal 50 Euro Bargeld lassen sich mit der Bezahlkarte abheben, Lastschriften und Überweisungen kann man nur unter bestimmten Umständen tätigen. Damit wollen Bund und Länder stärker kontrollieren, für was Asylbewerber*innen ihr Geld ausgeben. Kritiker*innen sehen dadurch das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz gefährdet und fürchten erheblichen zusätzlichen Aufwand für die Verwaltung.

Zu ihnen gehören auch die Stadtverwaltung und große Teile des Gemeinderats, wie sich in der Debatte zu einer Informationsvorlage in der letzten Gemeinderatssitzung des Jahres zeigte. „Klar ist, wir wollen keine Stigmatisierung haben“, sagte Grünen-Stadtrat Simon Sumbert. Genau das bewirke die Bezahlkarte aber: Viele Geflüchtete fühlten sich unter Generalverdacht gestellt. „Die Bezahlkarte ist ein Signal von grundsätzlichem Misstrauen“, so Sumbert.

Dazu kommen praktische Hindernisse für die Menschen, die auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz angewiesen sind. „Viele Shops haben gar keine Bezahlgeräte“, gab Felix Efosa von Eine Stadt für alle zu Bedenken. Außerdem könne theoretisch jede Transaktion mit der Bezahlkarte überwacht werden. Dabei sei es nicht die Entscheidung von staatlichen Gremien, „wer was mit seinem Geld macht“, betonte Efosa. Die Bezahlkarte sei deshalb ein „teurer, integrationsfeindlicher Irrweg“.

Antrag auf Aussetzung

Daher wolle man die Verwaltung zu einem Antrag auf Prüfung der Aussetzung der Bezahlkarte anregen, erklärte Ismael Hares (SPD/JF): „Die Erfahrung aus anderen Kommunen zeigt: Mit der Bezahlkarte steigt der Verwaltungsaufwand.“ Außerdem müsse man sich an die grundgesetzliche Verpflichtung der Menschenwürde halten, statt Asylbewerber*innen in Sippenhaft zu nehmen. „Den Zustand der Gesellschaft erkennt man daran, wie sie mit den Schwächsten umgeht“, sagte Hares. „Die Bezahlkarte trifft die, die keine Lobby haben.“

Eine andere Meinung vertrat CDU-Stadtrat Klaus Schüle: „Die Bezahlkarte ist ein wichtiger Baustein der Asylpolitik.“ Sie garantiere, dass nur lebenswichtige Ausgaben getätigt würden und trage zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Asylpolitik bei. Deshalb bekenne sich die CDU klar zur Bezahlkarte.

Ähnlich sah es AfD-Stadtrat Karl Schwarz. Man müsse der Weisung aus Stuttgart Folge leisten und die Bezahlkarte einführen, denn sie habe auf Asylbewerber*innen eine abschreckende Wirkung.

Durchsetzen konnte sich am Ende eine große Mehrheit aus den Fraktionen Die Grünen, SPD/JF, ESfa, FR4U, FDP/BfF und K/I. Sie stimmten für einen Antrag, der dem Oberbürgermeister empfiehlt, beim Landesministerium der Justiz und für Migration einen Antrag auf Befreiung der landesrechtlichen Vorgaben zur Bezahlkarte zu stellen. Zudem soll die Stadt in zwei Jahren eine Bilanz zur Bezahlkarte anregen. Dabei soll die Perspektive der Nutzer*innen und die Folgen auf den Integrationsprozess miteinbezogen werden.

Enormer Mehraufwand

Für die Verwaltung ist klar: „Wir wollen die Bezahlkarte in Freiburg nicht einführen“, sagte Erster Bürgermeister Ulrich von Kirchbach. Sie bedeute enormen administrativen Aufwand, denn die Mitarbeitenden im Amt für Migration und Integration müssen im Einzelfall prüfen, ob jemand die Karte nutzen muss. Was den Antrag betrifft, stoßen die Fraktionen deshalb auf offene Ohren. „Wer permanent von unbürokratischer Verwaltung redet, bekäme hier die Gelegenheit, das umzusetzen“, sagte er mit Blick in Richtung Stuttgart.

Aktuell plant die Stadt, die Bezahlkarte ab dem 1. Januar 2026 an alle Neuzugänge auszugeben. Schrittweise folgen dann die, die schon länger in Freiburg sind.

Stichwort: Die rechtliche Voraussetzung für die bundesweite Einführung der Bezahlkarte hat der Bundestag im April 2024 geschaffen. Im Oktober 2024 hat das baden-württembergische Ministerium der Justiz und für Migration fachliche Hinweise zur konkreten Nutzung der Bezahlkarte auf Stadt- und Landkreisebene erlassen. Die Stadt ist als untere Weisungsbehörde rechtlich verpflichtet, diese umzusetzen, stemmte sich aber zunächst dagegen – bis im Oktober die Weisung aus Stuttgart kam. Daraufhin hat Freiburg eine erste Tranche Bezahlkarten bestellt. Eine Einführung bis zum 21. November war aus Zeitgründen aber nicht zu schaffen.

Gemeinderat vom 9. Dezember in Kürze

Quartiersmitte in Ebnet

Einstimmig und ohne Aussprache hat der Gemeinderat den Bebauungsplan „Schwarzwaldstraße Ebnet“ genehmigt. Er umfasst das Areal der ehemaligen Tankstelle in der Ortsmitte und sichert langfristig die Ziele des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts, das diesen Bereich als „Quartierszentrum Ebnet“ ausweist. Das betroffene Grundstück ist bereits neu bebaut – und zwar exakt nach den Vorgaben, die der Bebauungsplan jetzt dauerhaft fixiert. Dieser legt unter anderem fest, dass straßenseitig im Erdgeschoss keine Wohnungen zulässig sind. Stattdessen sind dort Einzelhandelsbetriebe mit nahversorgungsrelevantem Sortiment, Speisewirtschaften oder Nutzungen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche oder sportliche Zwecke möglich.

Stadt baut Kita selbst

Einstimmig hat der Gemeinderat eine Änderung des städtebaulichen Vertrags zum Bebauungsplan „Hinter den Gärten“ in Tiengen beschlossen. Ursprünglich war geplant, dass eine private Eigentümergemeinschaft auf einem für Gemeindebedarf vorgesehen Grundstück eine Kita errichtet und langfristig an die Stadt vermietet. Jetzt übernimmt die Stadt diese Verpflichtung selbst und erhält im Gegenzug eine Ablöse von 4,25 Millionen Euro. Dadurch hat die Eigentümergemeinschaft mehr Planungssicherheit – und die Stadt die Möglichkeit, auf dem Grundstück nicht nur eine Kita, sondern ein vierstöckiges Gebäude zu errichten, in dem auch Platz für weitere Nutzungen ist, beispielsweise die vom Ortschaftsrat gewünschten Angebote für Senior*innen.

Geschäftsführung wieder komplett

Der Gemeinderat hat Katharina Schirmbeck als zweite Geschäftsführerin der Freiburger Wirtschaft, Touristik und Messe (FWTM) gewählt. Sie wird am 1. April die Nachfolge von Hanna Böhme antreten, die zum Jahresbeginn ihre neue Stelle als Hauptgeschäftsführerin des Wirtschaftsverbandes Industrieller Unternehmen Baden antritt. Schirmbeck war seit 2021 für den Tourismusbetrieb in St.Peter-Ording zuständig, zuvor war sie in verschiedenen Leitungsfunktionen für einen großen Tourismuskonzern tätig. Bei der FWTM übernimmt sie die Verantwortung für die Bereiche Tourismus und Innenstadt, Märkte und Events, Marketing und Unternehmenskommunikation sowie Gebäudemanagement und IT.

Sanierung in der Elsässer Straße 2e

Die Sanierung des Breisacher Hofs in Freiburg geht in die nächste Phase: Nach Abschluss der ersten Bauabschnitte soll nun das Gebäude Elsässer Straße 2e modernisiert werden. Die Kosten für Umzüge und Sanierungen werden größtenteils durch Bundes- und Landesmittel gedeckt, die Stadt muss aber jeweils einen Eigenanteil leisten. Dieser liegt für die Bewohnerumzüge bei rund 35.000 Euro. Zu den Sanierungskosten von rund 3,4 Millionen Euro steuert die Stadt knapp 1,4 Millionen Euro bei. Beides hat der Gemeinderat jetzt einstimmig genehmigt. Alle Wohnungen werden umfassend modernisiert. Ins Erdgeschoss zieht der bislang im Haus 2d untergebrachte Schülerhort ein – die Flächen dort können dann künftig als Wohnraum genutzt werden. Die Mieten steigen nach der Sanierung moderat, bleiben aber weiterhin unter Mietspiegelniveau. Für die geförderten Wohnungen gelten 15 Jahre Mietpreisbindung und ein Belegungsrecht der Stadt.

Verlängerung der Bebelstraße kommt

Ausfahrt in Sicht: Einstimmig hat der Gemeinderat den Planfeststellungsantrag für die Verlängerung der Bebelstraße beschlossen. Dieser soll nun dem Regierungspräsidium überreicht werden – trotz Verzögerungen bei der Deutschen Bahn (DB), die für den Neubau eines Teils der Rheintalbahnstrecke ebenfalls an der Autobahnzufahrt bauen wird. Das dafür notwendige Planfeststellungsverfahren ist aber nicht wie angekündigt in diesem Jahr fertig geworden. Trotzdem verfolgt die Stadt den Anschluss der Bebelstraße an die B294 weiterhin konsequent: Ziel ist, dass er fertig wird, bevor die Bauarbeiten der DB im Bereich von Hochdorf und Benzenhausen beginnen. Um darauf einzuwirken, dass es 2028 losgehen kann, will die Stadt ab nächstem Jahr mit dem Umweltausgleich für den Bau beginnen. Dafür lässt die Stadt im Gewinn Holzmatten in Tiengen aufforsten. Grundsätzlich ist die Stadt der Auffassung, dass die DB sowohl für den Bau als auch die Ausgleichsmaßnahmen zuständig ist. Sollte das Eisenbahn-Bundesamt diese Ansicht teilen, will die Stadt der Bahn die Planungskosten in Rechnung stellen.

Parken wird letztmals turnusmäßig teurer

Zehn Prozent Aufschlag in allen Parkzonen – Parkhäuser nicht betroffen

2019 hatte der Gemeinderat beschlossen, die Gebühren für Parkplätze im öffentlichen Raum alle zwei Jahre um zehn Prozent zu erhöhen. Das war jetzt wieder der Fall, allerdings vorerst zum letzten Mal. Denn auch ein Antrag der Fraktionen von Grünen und Eine Stadt für alle, den zweijährigen Turnus auszusetzen und nochmals grundsätzlich und ergebnisoffen über das Thema zu beraten, fand eine Mehrheit.

Die jetzt beschlossenen Erhöhungen fallen mit 20 bis 40 Cent pro Stunde je Parkzone zwar vergleichsweise überschaubar aus, das dadurch erreichte Niveau von 4,20, 3,50 und 1,80 Euro je Stunde in den Gebührenzonen 1, 2 und 3 sorgte im Gemeinderat jedoch für kontroverse Diskussionen.

„Wir halten diesen Schritt für falsch“, sagte Arno Heger von der CDU. Die neuerliche Gebührenerhöhung sende ein „fatales Signal“. Der von seiner Fraktion gemeinsam mit Freien Wählern, FDP/BfF und Freiburg Lebenswert beantragte Verzicht auf die Erhöhung fand mit 19 zu 24 Stimmen jedoch knapp keine Mehrheit.

Das lag auch daran, dass zuvor ein anderer Änderungsantrag Erfolg hatte: Grüne und Eine Stadt für alle hatten vorgeschlagen, den zweijährigen Turnus nicht nur einmalig, sondern ganz auszusetzen. „Das kann nicht in alle Ewigkeit so weitergehen“, hatte das Grünen-Stadträtin Sophia Kilian begründet.

Mehrheit für Erhöhung

Anders als große Teile der SPD+JF-Fraktion sprach sie sich aber dennoch dafür aus, die aktuelle Gebührenerhöhung wie geplant zu beschließen. In der Schlussabstimmung gab es dafür mit 24 zu 18 Stimmen eine Mehrheit. Damit steigen die Parkgebühren um durchschnittlich rund zehn Prozent. Außerdem gibt es erstmals auch in der Gebührenzone 1 ein 24-Stunden-Ticket, das 21 Euro kostet. Die Erhöhung betrifft nur Parkplätze im öffentlichen Raum und gilt nicht in Parkhäusern. Die neuen Gebühren treten zum 1. Februar 2026 in Kraft. Bis dahin müssen die Parkscheinautomaten umgestellt werden, das kostet rund 70.000 Euro.

„Kein Pappenstiel“

In der gemeinderätlichen Aussprache stand vor allem die Frage im Mittelpunkt, inwieweit die Parkgebühren für den Einzelhandel in der Innenstadt relevant seien. Johannes Gröger von den Freien Wählern sagte, „die Belastungsgrenze ist erreicht“. Arno Heger (CDU) fürchtete, dass die „Innenstadt zum Luxusgut“ werde, sein FDP/BfF-Kollege Franco Orlando sah „den guten Weg“, auf dem sich die Innenstadt dank vieler prominenter Neuansiedlungen zuletzt befände, „durch die Parkgebühren gefährdet“. Julia Söhne (SPD+JF) wies außerdem darauf hin, dass in den Parkzonen 1 und 2 viele Facharztpraxen und Dienstleister angesiedelt seien. Wer dort einen Termin habe, für den sei die Erhöhung „kein Pappenstiel“.

Ganz anders argumentierte Gregor Mohlberg (Eine Stadt für alle): „Die Innenstadt geht faktisch am Onlinehandel zugrunde, nicht an Parkgebühren.“ Und auch Verkehrsbürgermeister Martin Haag ordnete das Thema anders ein. In der Innenstadt gebe es ohnehin nur wenige Parkplätze im öffentlichen Raum, und nur diese sind von der Erhöhung betroffen. Außerdem könne keine Rede davon sein, dass die Gäste wegen der Parkgebühren der Innenstadt fernbleiben: „Diese Parkplätze sind voll – und das wird auch so bleiben.“

Vor der Schlussabstimmung bat Oberbürgermeister Martin Horn darum, die Innenstadt nicht schlechtzureden. Dennoch sei es richtig, den Automatismus zur Erhöhung der Parkgebühren zu beenden. So ist es jetzt gekommen. Im zweiten Halbjahr 2026 soll die Verwaltung dann vorlegen, welche unterschiedlichen Modelle zu Gebührenanpassung es gibt und wie die sich jeweils auf Verkehr, Klima, Einnahmen und Verwaltungsaufwand auswirken.

Sozialprojekt schafft 22 Kleinstwohnungen

Sanierung in der Schwarzwaldstraße 69 beendet langen Leerstand

Einstimmig hat der Gemeinderat ein Sozialprojekt beschlossen, das einem langjährigen Sanierungsfall in der Schwarzwaldstraße neues Leben einhaucht. Gleichzeitig entsteht Wohnraum für Menschen, die am regulären Wohnungsmarkt quasi keine Chance haben.

Die „Win-win-Situation“ ist ja eine reichlich überstrapazierte Floskel, aber in diesem Fall eben doch mehr als zutreffend. Schon seit 2019 steht das Gebäudeensemble in der Schwarzwaldstraße 69, direkt am Tunnelausgang der stadteinwärts führenden B31, leer. Im denkmalgeschützten Vorderhaus waren zuletzt wohnungslose Menschen untergebracht. Diese Nutzung musste vor sechs Jahren wegen des schlechten Zustands aufgegeben werden. Nicht besser in Schuss sind das Mittel- und das Hintergebäude, die nicht unter Denkmalschutz stehen und deswegen bislang als abbruchreif angesehen wurden. Über eine angedachte gemeinsame Entwicklung des Areals einschließlich der angrenzenden Grundstücke konnte mit den anderen Eigentümer*innen aber keine Einigung erzielt werden. Erschwerend kommt hinzu, dass eine Sanierung aufgrund der räumlichen Gegebenheiten sehr komplex ist: Die einzige Zufahrt führt durch den engen Torbogen, und der unterkellerte Innenhof kann nur bedingt befahren und belastet werden.

Sehr viel Bedarf

Auf der einen Seite steht also ein aufwendiges Sanierungsprojekt. Auf der anderen Seite gibt es eine große Zahl von Einzelpersonen auf Wohnungssuche. Aktuell stehen rund 250 Personen auf Wartelisten für Wohnheimplätze, weitere 660 sind ordnungsrechtlich in städtischen Wohnheimen oder Wohnungen untergebracht und suchen dringend eigenen Wohnraum. Dass aus dieser Konstellation ein Schuh wird, dafür steht die Genossenschaft „wohnbau bogenständig eG“. Sie hat mit der Verwaltung Kontakt aufgenommen und ihr Interesse bekundet, das Gebäudeensemble vollständig zu sanieren und die Wohnungen anschließend an Menschen aus dem oben skizzierten Personenkreis zu vermieten. Die Genossenschaft hat bereits Erfahrung mit vergleichbaren Projekten, unter anderem bei der Sanierung des Alten Schulhauses in Haslach. In der Schwarzwaldstraße sollen insgesamt 22 kleinere Wohneinheiten entstehen. Die Auswahl und Belegung erfolgt durch die Wohnungsnotfallhilfe im Amt für Soziales, auch die Miethöhe wird ausschließlich in Absprache mit dem Amt festgelegt.

Symbolischer Kaufpreis

Die Genossenschaft erhält das Areal im Erbbaurecht. Der jährliche Erbpachtzins liegt anfänglich bei 16.580 Euro pro Jahr. Für die Gebäude haben Gemeinderat und Verwaltung einen symbolischen Kaufpreis von 1000 Euro als angemessen erachtet. „Wohnbau bogenständig“ übernimmt im Gegenzug das komplette wirtschaftliche Risiko und verpflichtet sich, die Wohnungen für die gesamte Dauer des Erbbaurechts (75 Jahre) an Menschen mit besonders hohem Bedarf zu vermieten.

Drei Fragen an Greta Köpf, die zusammen mit Sophia Speer für ihre Zivilcourage ausgezeichnet wurde

An einem kalten Wintertag im Jahr 2024 hat die damals 19-jährige Greta Köpf eine junge Frau davor bewahrt, sich das Leben zu nehmen. Für ihren couragierten Einsatz wurde sie jetzt von der Stadt geehrt.

1 Was ist passiert am 11. Dezember 2024?

Auf der Brücke am Runzmattenweg habe ich eine junge Person entdeckt, die auf dem Geländer über den Gleisen saß. Auf meine Ansprache hatte sie nicht reagiert, und mir war sofort klar, dass sie sich das Leben nehmen wollte. Nach kurzem Zögern kletterte ich zu ihr und stand ihr bei, obwohl sie wollte, dass ich gehe. Als der Zug immer näher kam und sie nach vorne rutschte, hielt ich sie fest. Ich hatte große Angst, dass wir beide fallen könnten. Und weil das mit jedem Zug wieder von vorn begann, fühlte es sich an, als nehme es kein Ende. Erst als Sophia stehen blieb und zu uns kam, konnten wir zu zweit mit ihr reden und verhindern, dass sie springt, bis die Rettungskräfte eintrafen.

2 Was war für Sie am schlimmsten?

Am schlimmsten war, dass so viele Menschen an uns vorbeigegangen sind – bestimmt 50 – und niemand stehen geblieben ist oder Hilfe gerufen hat. Dieses Wegschauen, dieses „Das wird schon jemand anderes machen“, macht mich bis heute fassungslos und wütend. Zudem war ich völlig überfordert: der Lärm des Zuges, ihr Rutschen nach vorne, ihr Flehen, ich solle sie in Ruhe lassen. Es verfolgt mich bis heute.

3 Was bedeutet Ihnen die Auszeichnung?

Ehrlich gesagt fühle ich mich nicht wohl damit, einen Preis dafür zu erhalten, dass ein junger Mensch sein Leben beenden wollte. Ich frage mich bis heute, welches Recht ich hatte, ihr diese Entscheidung abzunehmen. Gleichzeitig verstehe ich, wie wichtig diese Auszeichnung sein kann: Sie erinnert daran, hinzuschauen. Daran, dass niemand Expert*in sein muss, um für jemanden da zu sein. Wenn der Preis bewirkt, dass mehr Menschen stehen bleiben, nachfragen und nicht vorbeigehen – dann habe ich für mich doch einen Sinn darin gefunden.

Siehe auch „Querformat“.

Gemeinderat vom 9. Dezember in Kürze

Chancengleichheit an Schulen

Um Bildungsungleichheiten zu bekämpfen und Chancengerechtigkeit zu fördern, hat der Gemeinderat grünes Licht für die Umsetzung des Startchancen-Programms gegeben. Das bis 2034 laufende Förderprogramm von Bund und Ländern soll vor allem Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen stärken. Mit den Fördermitteln plus einer städtischen Kofinanzierung in Höhe von 30 Prozent will Freiburg die Lernumgebung verbessern und die pädagogische Qualität weiterentwickeln. Der erste Schritt sieht konkrete Maßnahmen für 2026 vor: So würden etliche Schulen gerne ihre Flure nutzen – als Differenzierungsraum und für Still- und Gruppenarbeit. Dazu sind häufig Brandschutzmaßnahmen und eine entsprechende Möblierung erforderlich.

Mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

Mit einem Bericht zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum hat die Verwaltung über Fortschritte bei der Umgestaltung öffentlicher Räume informiert. Plätze, Spielplätze, Grünanlagen und zentrale Innenstadtbereiche wie Rathausgasse und Rathausplatz werden stetig angepasst. Aktuell stehen barrierefreie Wegeverbindungen im Fokus – wie die 2025 in der Schiffstraße entstandene Trasse entlang des Bächles. Auf dem Rathausplatz sind punktuelle Glättungen des Pflasters geplant, außerdem mehrere barrierefreie Querungen von Straßen wie im Bereich Rotteckring/Eisenbahnstraße/Rathausgasse. Esther Grunemann (Esfa) betonte im Gemeinderat, dass der Münsterplatz für Menschen im Rollstuhl am unangenehmsten sei und von vielen gemieden werde. Sie kündigte an, einen Antrag einzubringen mit dem Ziel, „den Münsterplatz endlich barrierefrei zu machen“.

Ausbau von Sozialberatung

Ab kommendem Jahr will die Stadt in Stadtteilen mit besonderen Bedarfen wie Weingarten, Haslach und Landwasser neue niedrigschwellige Sozialberatungsangebote einrichten. So will sie einkommensarmen Haushalten in schwierigen Lebenslagen besser helfen. Die vorgesehenen Mittel von jährlich 250.000 Euro werden für die Finanzierung zusätzlicher Stellenanteile genutzt und sollen ausgebaut werden. Unterstützen will die Stadt besonders Familien, ältere Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund.

Wohnprojekt in St. Georgen

Um Menschen aus städtischen Wohnheimen in eigene Mietwohnungen zu vermitteln, plant die Stadt ein soziales Wohnprojekt in der Alice-Salomon-Straße im Quartier Innere Elben in St. Georgen. Entstehen sollen 29 Wohnungen, darunter 18 Kleinstwohnungen für Einzelpersonen und Familien; zusätzlich ist eine Sozialberatung vor Ort geplant. Für die Kosten in Höhe von 7,5 Millionen Euro will die Verwaltung Fördermittel in Höhe von 4,75 Millionen Euro beantragen; das würde einen städtischen Eigenanteil von rund 2,7 Millionen Euro bedeuten. Das Projekt soll Wohnungslosigkeit bekämpfen und als Modell für weitere soziale Wohnbauprojekte dienen. Es wurde den Anwohner*innen bereits vorgestellt und soll ab 2030 fertiggestellt sein.

Mehr Förderung für Sanierungsprojekte

Die Stadt muss dem Land jährlich Bericht erstatten, wie sich die Sanierungsverfahren im Rahmen der Städtebauförderung entwickeln. Sofern die Kosten- und Finanzierungsübersicht einen zusätzlichen Förderbedarf ergibt, kann die Stadt eine Aufstockung der Mittel beantragen. Das hat sie jetzt per einstimmigem Gemeinderatsbeschluss gemacht. Der größte Mehrbedarf entfällt auf den Breisacher Hof: Der Förderrahmen steigt von 12 auf rund 32,6 Millionen Euro. Für die Sulzburger Straße werden zusätzliche 3,1 Millionen (auf dann 23 Millionen Euro) benötigt, für die Knopfhäusle-Siedlung (siehe Bild) rund 1,24 Millionen (auf 13,5 Millionen Euro). Für die beantragten Mittel muss die Stadt einen Eigenanteil von 40 Prozent aufbringen.

Von Bäumen, Beeten und Bahnausbau

Bei „OB vor Ort“ im Stadtteil Brühl ging es um Grünflächen, Jugendliche, Verkehr und die Pläne der Bahn

Wie kann der Stadtteil Brühl grüner werden, und wo ist er es schon geworden? Darum – aber auch um den Ausbau der Rheintalbahn, die Straßen im Quartier, die Lortzingschule und vieles mehr – ging es kürzlich beim Bürgergespräch „OB vor Ort“ im Gemeindesaal St. Konrad, zu dem rund 65 Interessierte gekommen waren.

Zum Auftakt stellte Christoph Daub vom Garten- und Tiefbauamt (GuT) die „grünen Projekte“ vor, die die Stadt in den vergangenen fünf Jahren umgesetzt hat: darunter etliche Spielplätze wie der „Waben“-Spielplatz im Güterbahnareal, der an einen Bienenstock erinnert, oder der Spielplatz an der Kenzinger Straße, der zu einem Bewegungspark mit Calisthenicsanlage, Basketballfeld und Seniorengeräten wurde.

Auch die Pocketgärten in der Komturststraße, die nach der Verlegung der Straßenbahn in die Waldkircher Straße entstanden sind, waren Thema: Dafür waren zwei Parkplätze entsiegelt, Bäume gepflanzt und Hochbeete eingerichtet worden, die seither von engagierten Bürger*innen gepflegt werden.

Mehr Bäume im Quartier

48 Bäume hat die Stadt 2023 in der Eugen-Martin-Straße im Güterbahnareal gepflanzt, 2026 sollen 20 weitere plus 30 Großsträucher folgen. Und der Kaiserstuhlplatz hat sich zu einer kleinen grünen Insel mit Bouleplatz entwickelt. Nicht gut entwickelt habe sich hingegen der Zollhallenplatz am Eingang des Quartiers an der Ecke Neunlindenstraße/Waldkircher Straße. „Er funktioniert nicht richtig, und wir schauen jetzt, wo wir nachjustieren können“, sagte Daub. Derzeit laufen die Planungen, angedacht seien unter anderem ein Weg mit geglättetem Pflaster, da das grobe Pflaster für Kinderwagen und Menschen im Rollstuhl schwierig sei. Außerdem soll es zusätzliche Sitzgelegenheiten und ein Bewegungsangebot geben, und die Möglichkeit, Wasser auf den Platz zu bringen, werde aktuell geprüft.

Außerdem soll der Zollhallenplatz grüner und schattiger werden: Zwölf Zierkirschen will das GuT durch Hochstammbäume ersetzen und zusätzlich 28 „Klimabäume“ pflanzen – das sind Bäume, die resistenter gegen Hitze und Trockenheit sind, etwa spezielle Gattungen von Zelkoven, Linden und Ahornbäumen.

Kids und Straßen

Im Anschluss war der Abend für alle Themen geöffnet, und das Publikum brachte sich lebhaft mit ein. Zur Sprache kamen unter anderem: Platz für Jugendliche – „Die sind hier eher im Kaufland-Parkhaus unterwegs als auf öffentlichen Flächen“ –, der Zustand der Straßen – „Die Stefan-Meier-Straße mit ihren vielen Schlaglöchern erinnert mich an die Straßen in der DDR“ –, eine mögliche Verkehrsberuhigung im Güterbahnhofareal und der Schotterplatz der Lortzingschule, auf dem Kinder und Jugendliche Fußball spielen – „Da würde ich mir einen neuen Belag wünschen.“

Die Antworten von Oberbürgermeister Martin Horn: Für die Jugendlichen werde das Multifunktionsgebäude D4 im Güterbahnareal Abhilfe schaffen – mit Quartiersraum, Jugendtreff, Wohnen für Geflüchtete, Sportplatz und Gemeinschaftsfläche auf dem Dach. 2028 soll es fertig sein. Die Stefan-Meier-Straße werde ab 2027 saniert, was sowohl für den Auto- als auch für den Radverkehr erhebliche Verbesserungen mit sich bringen werde. Eine Verkehrsberuhigung und Tempo 30 hingegen seien nicht so einfach umzusetzen, sagte Horn. Denn für jede einzelne Straße brauche es eine Ausnahmebegründung und damit ein Gutachten. Die Lortzingschule habe einen „massiven Sanierungsstau“ und soll, so Horn, ab 2027 für schätzungsweise 44 Millionen Euro saniert werden.

Bahngipfel im Januar

Weiteres Thema des Abends: der Ausbau der Rheintalbahn und die damit verbundenen Lärmschutzwände: „Da wird eine 6,5 Meter hohe Mauer die Stadt durchtrennen. Warum akzeptiert die Stadt das?“, fragte ein besorgter Anwohner. „Wir haben da überhaupt nicht zugestimmt“, entgegnete der OB. „Und wir werden uns auf die Hinterbeine stellen.“ Für den 22. Januar 2026 habe er sowohl Bahnvertreter*innen als auch die Bürgermeister*innen der Orte entlang der Strecke aus den Nachbar-Landkreisen zu einem Bahngipfel nach Freiburg eingeladen. „Lassen Sie erst mal die Bahn ihre Pläne präsentieren. Und dann werde ich mich mit Nachdruck für die beste Lösung einsetzen“, so Horn. Wichtig sei, dass der Regionalverkehr Vorrang habe, „damit der Fernverkehr nicht alle Regionalzüge und S-Bahnen aussticht“.

Als letztes Thema kam der Flugplatz ins Gespräch, der ebenso wie das Europa-Park-Stadion des SC in Brühl liegt. „Die Verträge laufen 2031 aus. Wie es weitergehen und was dann dort entstehen könnte, wird ab 2026 untersucht“, sagte Martin Horn. Und beendete den Abend mit einem Appell, bei der im Frühjahr 2026 anstehenden Landtags- und Oberbürgermeisterwahl wählen zu gehen. „Unsere Demokratie verdient eine hohe Wahlbeteiligung.“

Der Seepark steht im Mittelpunkt

Letztes „OB vor Ort“ vor der Wahl in Betzenhausen-Bischofslinde

Auf den Tag genau sechs Jahre nach seinem ersten Bürgergespräch in Betzenhausen-Bischofslinde war Martin Horn vergangene Woche ein weiteres Mal im Freiburger Westen zu Besuch. Es war das 40. „OB vor Ort“ – und zugleich vorerst das letzte: Im Wahlkampf pausiert die Gesprächsreihe.

Rund 70 Menschen waren Dienstagabend ins Bürgerhaus Seepark gekommen – so viele Fans hatte jüngst auch Red Bull Salzburg zum Europapokalspiel nach Freiburg mitgebracht. Den Hauptunterschied zum OB-Gespräch vor sechs Jahren machte zu Beginn der Bürgerversammlung die Vorsitzende von „Betz-Bisch“, Stefan Schleith, deutlich: „Damals hat der Seepark gebrannt!“, Lärmbelästigungen durch Feiernde raubten Anwohnenden den Schlaf und hielten das Rathaus auf Trab.

„Dreiste Exzesse“

Wie sehr sich die Situation seither verändert hat, skizzierte Ramon Oswald in einem kurzen Vortrag. Der Leiter der Abteilung „Platzmanagement und Konfliktprävention im öffentlichen Raum“ im Amt für öffentliche Ordnung nannte die großen und manchmal auch kleinen Maßnahmen, die seither ergriffen wurden, um „die hohe Anzahl von Nutzungskonflikten“ in den Griff zu bekommen: Spielplatz, Grillplatz, Nachtmediation, Ausweitung des Vollzugsdienstes und nicht zuletzt das 2023 eingeführte und im Gemeinderat heiß umstrittene Boxenverbot. Dessen Ziel sei es nicht gewesen, massenweise Lautsprecher einzusammeln, sondern „dreiste Exzesse“ zu unterbinden. Mit Erfolg: 2023 wurden noch 40 Boxen konfisziert, 2024 nur noch 13 und im laufenden Jahr waren es gerade einmal zehn. Beschwerden gibt es mittlerweile viel weniger, was die Anwesenden im Saal bestätigten.

„Seepark hegen“

Neben Ramon Oswald hatte OB Horn noch einen zweiten Verwaltungsfachmann mit zum Gespräch gebracht: Christoph Daub vom Garten- und Tiefbauamt (GuT) stellte die „grünen Themen“ des Stadtteils vor. Sein Amt verfährt zweigleisig: Einerseits soll der 1986 zur Landesgartenschau angelegte Park mit seinen Elementen und Sichtachsen möglichst erhalten werden, andererseits geht es darum, ihn an heutige Anforderungen anzupassen. Das bedeutet: Sensenmahd und Blühstreifen für den Artenschutz, mehr Bäume für Klimaschutz und Schatten, Grillstellen für eine bessere Lenkung der Freizeitnutzung, Freiburgs meistgenutzte Sportbox für den Breitensport, die Ökotoilette für die Hygiene und ein barrierefreier Rundweg, der auch mit Rollator oder im Rollstuhl gut zu bewältigen ist. „Wir hegen und pflegen den Seepark“, sagte Daub, der seit 16 Jahren selbst im Stadtteil wohnt.

Nach diesen Ausführungen überließ Oberbürgermeister Martin Horn den Anwesenden das Wort. Thematisch blieb es aber fast den ganzen Abend im Seepark. Ob zum 40-jährigen Landesgartenschau-Jubiläum etwas geplant sei, wollte der erste Fragesteller wissen. „Ja, im Rahmen des Seefestes wollen wir das würdigen“, lautete die schnelle und offenbar befriedigende Antwort des OB. Ein weiterer wünschte sich die Bergung des damals gesunkenen Floßes, das angeblich in gutem Zustand auf dem Seeboden ruhe – und sorgte mit dem Vorschlag für Erheiterung.

Die nähere Umgebung des Seeparks war Thema verschiedener Nachfragen, bei denen Martin Horn versprach, sie mit ins Rathaus zu nehmen. In der Unterführung bei der Stusi gebe es bei Regen große Pfützen, die Trennung von Fuß- und Radwegen sei teils unübersichtlich, die Zahl der Schattenplätze auf der Liegewiese reiche im Sommer nicht aus.

Zum Teil verwies Martin Horn auf den städtischen Mängelmelder, anderes habe die Verwaltung bereits auf dem Schirm, beispielsweise die gewünschte Fußgängerampel bei der Esso-Tankstelle: „Die ist im Zuge der nächsten Umbauphase geplant“, so Horn. Anderes sei aber schlicht sehr kompliziert. Die Ausweisung eines Anwohnerparkgebiets rund um die Aschenbrennerstraße, die sich ein Anwohner wünschte, „dauert bei Ihnen sicherlich noch“, so Horn.

„Rufen Sie uns an!“

Ein anderer Bürger beklagte die Graffiti am kleinen Tempelchen. Seinen Vorschlag, dieses Mauerrondell einfach abzureißen, wies Stephan Daub vom GuT aber zurück: „Wir wollen möglichst viele Elemente der ursprünglichen Gestaltung erhalten.“ Als „Lärmhotspot“ bezeichnete eine Anwohnerin die Esso-Tankstelle. Dass es dort Beschwerden gibt, bestätigten sowohl Ramon Oswald wie auch Wolfgang Ruf vom Polizeiposten Weststadt. Eine Lösung sei aber nicht so einfach: „Die Tankstelle bekommen wir dort nicht weg“, so Ruf, der die Bürgerin aber zugleich ermunterte, sich zu melden: „Rufen Sie uns an!“

Weitere kurz angerissene Themen waren die Auslastung der Stadtbahnlinie 1 (OB: „VAG beschafft neue Fahrzeuge mit mehr Kapazität.“), Wurzelhebungen vor allem durch Platanen (Daub: „Die würden wir aktuell nicht mehr pflanzen.“), der Wunsch nach einem Marktplatz am Bischofskreuz (OB: „Aktuell gibt es keine Planungen.“) oder der Sachstand für das Baugebiet im Obergrün (OB: „Derzeit ruht das Verfahren.“).

Nach knapp zwei Stunden beendete Oberbürgermeister Horn die Fragerunde mit dem Hinweis, dass die Gesprächsreihe wegen der anstehenden Wahlen pausieren werde. Zum Abschied hatte er einen klaren Appell: „Bitte gehen Sie wählen!“

Verpackungssteuer gilt ab 1. Januar

Ziel: Weniger Müll durch Einwegverpackungen – Viele Produkte sind weiterhin steuerfrei

Take-away-Angebote erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Das damit verbundene Abfallaufkommen steht allerdings zunehmend in der Kritik. Auf Beschluss des Gemeinderats führt die Stadtverwaltung daher zum 1. Januar 2026 eine kommunale Verpackungssteuer ein.

Die Vorgeschichte ist ein Musterbeispiel gelebter Demokratie. Im April 2025 stellte die Stadtverwaltung auf Antrag mehrerer Fraktionen den Stand zur Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer im Gemeinderat vor. Aufgrund der komplexen Umsetzung und der sozialen Herausforderungen sprach sich die Stadtspitze jedoch dagegen aus, die Steuer sofort einzuführen, sondern setzte auf eine Mehrwegoffensive, die mittlerweile auch gestartet ist (siehe vorige Ausgabe oder www.freiburg.de/mehrweg).

Eine knappe Mehrheit im Gemeinderat wollte dennoch an der Verpackungssteuer festhalten: Sie beauftragte die Verwaltung, alle notwendigen Vorbereitungen zur Einführung der neuen kommunalen Steuer zu treffen. Sie wird folglich ab dem 1. Januar erhoben und orientiert sich am 2022 eingeführten Modell der Stadt Tübingen, das im Januar 2025 vom Bundesverfassungsgericht als rechtmäßig bestätigt wurde.

Im Folgenden nennen wir die wichtigsten Beispiele, auf was die Steuer erhoben wird und wie hoch sie ausfällt. Die Auflistung ist nicht vollständig, sondern soll die häufigsten und typischsten Anwendungsfälle veranschaulichen.

„To go“ kostet Steuer

Grundsätzlich gilt: Die Verpackungssteuer wird fällig bei Einwegverpackungen und -geschirr, sofern diese Produkte für den unmittelbaren Verzehr von Speisen und Getränken vor Ort oder unterwegs gedacht sind. Dazu gehören beispielsweise Einwegbecher für Kaffee, Tee oder Softdrinks, Einwegteller und -schälchen sowie Verpackungen aller Art für Burger, Pommes, Bratwurst, Asiagerichte, Döner, Pizza oder Popcorn. Auch Tütchen, Einwickelpapier oder Alufolie sowie etwaiges Einwegbesteck und Strohhalme ab einer Länge von 10 Zentimetern unterliegen der Steuer.

Keine Steuer für zu Hause

Klingt kompliziert? Etwas einfacher wird es, wenn man sich anschaut, was alles nicht besteuert wird. Grundsätzlich sind alle Verpackungen und Behältnisse für Speisen steuerfrei, die üblicherweise zu Hause gegessen werden, dazu gehören Einwegverpackungen für mitgenommene Speisereste nach dem Restaurantbesuch, Getränkeverpackungen, die dem gesetzlichen Pfand unterliegen oder Industrieverpackungen von typischer Kioskware wie zum Beispiel Eis, Schoko-, Müsliriegel oder Gummibärchen.

Grundsätzlich steuerfrei

Generell steuerbefreit sind:

- Servietten, Taschentücher oder Küchenkrepp,
- Eisspatel und Pommesgabeln (bis 10cm),
- Bäckertüten für Brötchen, Brot, Brezeln oder süße Teilchen,
- essbare Behältnisse und Verpackungen wie Eiswaffeln,
- Produkte wie Ketchup, Senf, Mayo, Zucker oder Kaffeesahne in Kleinstverpackungen,
- reine Tragehilfen wie Tüten oder Tablettts,
- Einwegverpackungen für Speisen und Getränke, die durch Lieferdienste geliefert werden, sowie
- Mehrweg-Pfandverpackungen.

Märkte, Messen und Co.

Wer Speisen und Getränke an mehr als zehn Tagen im Jahr auf Messen, Märkten und bei sonstigen Veranstaltungen verkauft, unterliegt ebenfalls der Steuerpflicht. Das gilt auch dann, wenn die einzelne Veranstaltung zwar weniger als zehn Tage dauert, derselbe Verkaufsstand aber auch bei einem anderen Fest oder Markt vertreten ist und dadurch insgesamt auf mehr als zehn Verkaufstage kommt. Diese Regelung betrifft auch den Verkauf von Speisen und Getränken auf Wochenmärkten, dem Weihnachtsmarkt oder im Stadion.

Was kostet wie viel?

Die Steuer beträgt für

- jede Einweggetränkeverpackung wie Becher oder Becher mit Deckel 50 Cent,
- jedes Einweggeschirrteil und jede sonstige Einwegmahlzeitverpackung 50 Cent,
- jedes Einwegbesteck (-set) oder Strohhalme (ab 10cm) 20 Cent.

Besteht ein Menü aus mehreren Teilen, zum Beispiel eine Burger-Bestellung mit Pommes, Salat mit Besteck und einem Getränk mit Trinkhalm, so wird auf jede Einwegverpackung, jedes Einweggeschirr und jedes Einwegbesteck aus diesem Verkauf die Verpackungssteuer erhoben.

Rathausgasse macht sich frisch

Bauarbeiten beginnen im Januar 2026

Einmal alles neu: Ab Januar 2026 wird die Rathausgasse sowohl unterirdisch als auch an der Oberfläche rundum erneuert. Die Bauarbeiten sollen im Oktober 2027 fertig sein; während des Weihnachtsgeschäfts 2026 pausieren sie. Die Rathausgasse ist zu Fuß jederzeit passierbar, und alle Geschäfte und Häuser bleiben erreichbar. Mit dem Auto ist allerdings keine Durchfahrt möglich.

Die Badenova ersetzt in die Jahre gekommene Gas- und Wasserleitungen und auch alle Hausanschlüsse. Zusätzlich werden neue Kabel für Glasfaser und die Straßenbeleuchtung verlegt. Das Garten- und Tiefbauamt (GuT) erneuert außerdem die Oberfläche: Ein barrierefreies, abgeschliffenes Natursteinpflaster sorgt künftig dafür, dass sich die Gasse harmonisch in das Stadtbild einfügt.

Ein Streifen aus hellem Marmor gibt Menschen mit eingeschränktem Sehvermögen Orientierung. Schöner wird's auch deshalb, weil die Stadt Fassadenbegrünung ermöglicht, zwei neue Bäume pflanzt und das Bächle bis zum Rotteckring verlängert.

Los geht es am Montag, 12. Januar: Im vorderen Teil der Gasse, angrenzend an den Rotteckring, arbeiten die Badenova und das GuT gemeinsam in einem Baufeld. Danach verlegt die Badenova die Leitungen abschnittsweise Richtung Rathausplatz. Währenddessen beginnt das GuT auf dem Gehweg jenseits des Bächles bereits mit dem neuen Pflaster.

Die Sanierung der Fahrbahn steht dann ab Mitte Januar 2027 an, wenn alle Leitungen verlegt sind. Dabei geht es wieder in kleinen Bauabschnitten vom Rotteckring in Richtung Rathausplatz. Leitungsarbeiten und Sanierung laufen nicht in einem Rutsch, weil die Straße sehr schmal ist und sich sonst die verschiedenen Gewerke in die Quere kommen würden.

Außerdem müssen die Baufelder klein sein, damit Rettungskräfte und Feuerwehr jederzeit zu den Häusern in der Rathausgasse gelangen können. Und durch den versetzten Bau in der Fahrbahn und im Gehweg bleibt während der gesamten Bauzeit ein Weg für die Fußgänger*innen frei. Würden diese Arbeiten nicht versetzt laufen, wäre die Gasse insgesamt deutlich länger gesperrt.

Die Bauarbeiten des Garten- und Tiefbauamts kosten rund 1,3 Millionen Euro. Das Land Baden-Württemberg bezuschusst den barrierefreien Umbau.

Mehr im Netz

Ausführliche Informationen rund um das Thema Verpackungssteuer gibt es unter www.freiburg.de/verpackungssteuer

Informationen zur Mehrwegoffensive finden sich unter www.freiburg.de/mehrweg

Öffnungszeiten um das Jahresende

Einschränkungen zwischen 24.12. und 6.1.

Zwischen Weihnachten und Dreikönigstag gelten vielerorts eingeschränkte Öffnungszeiten. Wie sind die Regelungen von Stadtverwaltung, Müllabfuhr und VAG?

Stadtverwaltung

Die meisten Ämter sind zwischen 24. Dezember und 6. Januar geschlossen. Welche Ämter geöffnet sind, weiß der Bürgerservice (an Arbeitstagen zwischen den Jahren von 9 bis 12 Uhr, Tel. 0761 201-0). Die Bürgerberatung am Rathausplatz ist am Montag und Dienstag, 29./30. Dezember, sowie am Montag, 5. Januar, von 8 bis 16 Uhr geöffnet. Nähere Infos: www.freiburg.de.

Müllabfuhr

Für Weihnachten gilt: Alle Abfuhrtermine von Montag bis einschließlich Donnerstag verschieben sich jeweils auf den vorherigen Werktag, zum Beispiel von Dienstag, 23. Dezember, auf Montag, 22. Dezember. Die Abholung vom Freitag, 26. Dezember, verschiebt sich auf Samstag, 27. Dezember. An Silvester kommt die Müllabfuhr wie gewohnt. In der Neujahrs- und Dreikönigswoche werden die Abholungen ab Donnerstag, 1. Januar, bis einschließlich Freitag, 9. Januar, auf den Folgetag verschoben – mit Ausnahme der Müllabfuhr am Montag, 5. Dezember. Die drei Recyclinghöfe und das Umschlag- und Verwertungszentrum Eichelbuck bleiben am 24., 25., 26., 31.12. sowie am 1. und 6.1. geschlossen.

Alle Abfuhrtermine und Öffnungszeiten stehen auch in der Abfall-App oder unter www.abfallwirtschaft-freiburg.de.

VAG

An Heiligabend gilt auf allen Linien der Samstagsfahrplan. Ab 19 Uhr verkehren die Stadtbahnlinien und ab 15 Uhr die Buslinien im 30-Minuten-Takt. An Silvester gilt bis 15 Uhr auf allen Linien der Samstagsfahrplan. Danach verkehren Stadtbahnen und die meisten Busse im 15-Minuten-Takt. Die letzte Möglichkeit, um vom Bertoldsbrunnen mit der Stadtbahn aus der Innenstadt zu fahren, ist um 23.30 Uhr. An Neujahr starten die ersten Stadtbahnen an den Endhaltestellen gegen 0.20 Uhr. Die ersten Busse fahren ab 0.30 Uhr einmal stündlich. Weil die Innenstadt in den frühen Morgenstunden gereinigt wird, enden die Stadtbahnen bis etwa 4.30 Uhr an den Haltestellen Stadttheater (1/2/ 3/4), Erbprinzenstraße (5), Europaplatz (3), Holzmarkt (2, 4) und Schwabentorplatz (1).

Welche Linie wo abfährt, steht unter vag-freiburg.de und in der VAG mobil App. Ab Freitag, 2. Januar, ist das Kundenzentrum in der Salzstraße 3 montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr geöffnet. Samstags bleibt die Verkaufs- und Beratungsstelle künftig geschlossen.

Das war das Jahr 2025

Auf allem, was die Stadt so treibt, steht seit Anfang des Jahres ein neues Logo, wobei: Ganz neu ist es nicht, für die Tourismuswerbung ist es schon etwas länger im Einsatz. Frisch, modern und offen kommt es daher, vielen gefällt's, manchen auch nicht. Aber alle verstehen es: Das mit dem Kringel, das ist die Stadt Freiburg.

Mit der Eröffnung des Dokumentationszentrums Nationalsozialismus schaffte Freiburg einen erstaunlichen Spagat: Der Lern-, Gedenk- und Erinnerungsort kam 80 Jahre nach Kriegsende zwar spät, aber irgendwie auch genau zur richtigen Zeit. Nie wieder ist jetzt! Wer die Augen vor der Vergangenheit verschließt, kann niemals in eine gute Zukunft schauen.

Theoretisch ging es auch bei der Bundestagswahl darum, in eine gute Zukunft zu schauen. Erstaunlich war aber einmal mehr, dass die Menschen an der Dreisam eine ganz andere Vorstellung davon haben, wer für diese gute Zukunft sorgen könnte, als im Rest der Republik. Aber nach der Wahl ist ja immer auch vor der Wahl: Im April 2026 können die Freiburger*innen entscheiden, wer die Geschicke der Stadt lenken soll. Da zählt das Freiburg-Votum, zu 100 Prozent.

Spektakuläres tut sich auf den Bergen rund um die Stadt. Nach 20 Jahren Stillstand, was den Ausbau der Windkraft angeht, kann man zurzeit gut beobachten, wie die viel beschworene Energiewende eigentlich funktioniert. Die neuen Rotoren auf der Holzschlägermatte und am Taubenkopf verwandeln gänzlich abgasfrei Wind in Strom, und auch ihre Geschwister am Roskopf haben schon die Flügel ausgebreitet. Nachteulen konnten die gewaltigen Schwingen sogar ganz aus der Nähe beobachten, denn auch die Transporte waren: spektakulär.

Bemerkenswertes hat sich auch im Freiburger Westen getan. Während andere Städte Öffnungszeiten begrenzen oder Schwimmbäder gleich ganz schließen, eröffnet in Freiburg einfach ein neues: „Wasser marsch“ hieß es im August im Freibad-West – und damit wurde für viele ein Traum wahr, an dessen Realisierung nur die wenigsten geglaubt haben.

Lachende Gesichter waren in diesem Jahr an vielen Freiburger Schulen zu sehen. Der Grund war aber nicht etwa die Abschaffung von Hausaufgaben oder Noten, sondern die Fertigstellung von Neubauten oder Sanierungen. Mit der Staudinger- und der Anne-Frank-Schule sind zwei Großprojekte abgeschlossen – und mit der Tunibergschule hat ein heiß ersehntes wichtige Hürden genommen.

Alle Achtung! Der Wohnungsmarkt gibt zwar auch 2025 wenig Anlass für Jubel, doch an Untätigkeit der Stadtverwaltung liegt das Problem sicher nicht. Im Baugebiet Kleineschholz ist alles bereit für die ersten Häuser, der neue Stadtteil Dietenbach startet demnächst in die Vermarktung – und allein bei der Freiburger Stadtbau sind aktuell 1000 neue Wohnungen im Bau, darunter in Landwasser ein Pilotprojekt für Auszubildende.

Träumen dürfen dieser Tage die Museums- und Eissportfans: Die Eröffnung des Augustinermuseums ist jetzt wirklich absehbar, das Datum Ende Februar ist schon fix – und sollte in allen Freiburger Terminkalendern dick vermerkt werden. Ganz soweit ist es mit der Eishalle noch nicht, aber so groß wie jetzt waren die Chancen für eine Generalsanierung am alten Standort noch nie. Viel Grund zur Vorfreude also auf das kommende Jahr.

Traditionell steht an dieser Stelle noch einmal das auslaufende Jahr 2025 im Mittelpunkt. Wie immer fasst das AMTS-BLATT die wichtigsten Ereignisse der letzten zwölf Monate in seiner letzten Ausgabe des Jahres auf dieser Doppelseite zusammen und präsentiert in der Bilderleiste unten seine „Köpfe“ des Jahres.

Januar

Schwungvoller Start: Rund 1000 Menschen kommen zum städtischen Neujahrsempfang ins Konzerthaus. Dort erleben sie mitreißende Hip-Hop-Einlagen – und einen Oberbürgermeister, der zu einem sorgsamem Umgang mit der Demokratie aufruft.

Frisch gemacht: Passend zum neuen Corporate Design gönnt sich auch das städtische Amtsblatt eine dezente Layout-Überarbeitung. Auch wenn dem viele (Spalten-)Linien zum Opfer fallen, ändert sich an der generellen Linie nichts: Transparente Informationen stehen auch weiterhin im Fokus.

Netzwerk fürs Klima: Im Klimapakt schließen sich Freiburger Firmen, Vereine und Institutionen zusammen, um gemeinsam beim Klimaschutz voranzukommen. Zu den 37 Erstunterzeichnenden gesellen sich im Lauf des Jahres viele weitere hinzu.

Baustelle Innenstadt: Sie beginnt mit der Sanierung eines Abwasserkanals und endet – nicht. Denn kaum sind die innovativen, minimalinvasiven Arbeiten abgeschlossen, kommt die Badenova, um Fernwärmeleitungen zu verlegen. Das ist notwendig, stellt den Einzelhandel aber vor große Herausforderungen.

Sonst war es still: Der berührende Dokumentarfilm über den Luftangriff auf Freiburg im November 1944 sorgt für ausverkaufte Kinovorstellungen – und ein sehr nachdenkliches, stilles Publikum.

Sophia und Noah vorn: Das Standesamt blickt zurück und präsentiert Zahlen und Namen, die sich nur wenig vom Vorjahr unterscheiden. Eine Neuerung sticht heraus: Das seit November 2024 geltende Selbstbestimmungsgesetz nutzen viele Menschen, um endlich das für sie passende Geschlecht eintragen zu lassen.

Februar

Blätterschatten statt Hitzehotspot: Im Rieselfeld ist Freiburgs erste Grünoase fertig. Bis die zwölf Sumpfeichen den gewünschten Schatten werfen, braucht es aber noch Zeit – und Blätter. Frühling wäre schön...

Vorbild Landshut: Die Diskussion um die Eishalle bekommt eine neue, diesmal vielleicht entscheidende Wendung. Ob nun doch eine Sanierung am alten Standort möglich ist, soll eine vom Gemeinderat beauftragte Machbarkeitsstudie ermitteln. Deren Ergebnisse liegen im Dezember vor.

Zwei Jahre dicht: Im Freiburger Osten wird eine zentrale Verkehrsachse rundum saniert. Weil die Kappler Straße dabei quasi auf links gedreht wird, sind bis 2027 abschnittsweise Vollsperrungen erforderlich.

Freiburg wählt anders: Die Bundestagswahlen werden – je nach Standpunkt zum Glück oder leider – nicht an der Dreisam entschieden. Sonst wäre Robert Habeck von den Grünen jetzt Kanzler. Tatsächlich liegt bundesweit die CDU von Friedrich Merz vorn. Er wird Chef einer ziemlich kleinen „großen“ Koalition mit der SPD.

Zeichen setzen: Der Gemeinderat beschließt einstimmig den ersten Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Der zeigt auf, was Stadtverwaltung und -gesellschaft tun können, um Frauen vor Gewalt zu schützen. Im Haushalt stehen dafür 450.000 Euro zur Verfügung, weitere 100.000 Euro steuert der Mekriba-Stiftungsfonds bei.

März

Barrierefrei zum Zug: Erst neue Rolltreppen und Aufzüge – und jetzt gibt's auch eine verbindliche Vereinbarung mit der Bahn: Ende 2026 sollen die Umbauarbeiten am Hauptbahnhof beginnen und voraussichtlich 16,7 Millionen Euro kosten.

Hinter den Fassaden: Am Rotteckring eröffnet das Dokumentationszentrum Nationalsozialismus. Es ist Museum und Gedenkort zugleich: Das 1936 fertiggestellte Gebäude beherbergte in der NS-Zeit das städtische Verkehrsamt und ist damit selbst ein historischer Ort.

Wir mischen uns ein! Bei der Wahl zum Behindertenbeirat kandidieren 54 Personen für einen der 16 Plätze. Fast 400 Menschen gehen zur Wahl – 25 Prozent mehr als 2020. Ihre Stimmen sind wichtig und werden gehört.

Freiburg hat, was alle suchen: Mit korrekt gesetztem Komma ist zu erklären, warum so viele Menschen für kurze oder längere Besuche in die Breisgauemetropole reisen. 2,17 Millionen Übernachtungsgäste können jedenfalls nicht irren und beschenken der Stadt 2024 einen neuen Tourismusrekord.

Schnell und viel: Gleich zwei Rekorde stellen die Gemeinderatsmitglieder bei den Haushaltsberatungen auf. In der Rekordzeit von nur sieben Stunden stimmen sie über die Rekordzahl von 630 Änderungsanträgen ab. Unterm Strich stehen rund 100 Haushaltsänderungen, die aber gerade einmal 700.000 Euro an Mehrkosten verursachen.

April

Haushalt verpackt: Mit nur fünf Gegenstimmen beschließt der Gemeinderat den Doppelhaushalt 2025/2026. Größter Streitpunkt bei der Debatte um den Drei-Milliarden-Etat ist die Einführung der Verpackungssteuer: Die Verwaltung ist dagegen, die Ratsmehrheit dafür – gelebte Demokratie. Im Juli gibt auch das Regierungspräsidium sein uneingeschränktes Okay.

Stillstand auf der Linie 1: Zwischen Paduaallee und Moosweiher erneuert die VAG die Gleise. Weil gleichzeitig das Garten- und Tiefbauamt die Elsässer Straße rundum saniert, müssen viele erst mal neue Wege finden. Obwohl das erstaunlich schnell gelingt, freuen sich alle, dass die Bahnen ab Oktober wieder fahren.

(Never) ending story: Der Gemeinderat will, dass sich die Feuerwehr noch besser für die Gefahrenabwehr rüstet. Nach dem einstimmig beschlossenen Perspektivplan bringt er einen Baustein direkt auf den Weg: den Grundsatzbeschluss zum Bau des lang ersehnten Feuerwehrhauses in Kappel.

Zu Fuß und per Rad: Wenn die Menschen in der Stadt unterwegs sind, nutzen sie dafür am liebsten ein Fahrrad oder ihre Füße – fast zwei Drittel ihrer Wege legen sie so zurück, wie eine bundesweite Studie zur Mobilität ergibt. Bus, Bahn und Auto haben nur noch einen Anteil von 38 Prozent.

Aussicht mit Sicherheit: Seit Sommer 2022 war der Schauinslandturm gesperrt, weil der Zahn der Zeit an seiner Standfestigkeit geknabbert hatte. Zweieinhalb Jahre und 295.000 Euro später ist jetzt wieder alles gut – zumindest für die nächsten zehn Jahre, so die Prognose.

Mai

Ohne Plakette: 15 Jahre nach ihrer Einführung ist die Umweltzone in Freiburg Geschichte. Weil sich die Luftqualität messbar verbessert hat, hebt das zuständige Regierungspräsidium die Fahrverbote auf der innerstädtischen B31 auf. Tempo 30 bleibt dort aber – aus Lärmschutzgründen.

Erstmals Online: Wer zu den 37.000 Menschen gehört, die in Freiburg den Migrantinnenbeirat wählen dürfen, kann das auch von zu Hause aus tun – davon machen viele Gebrauch. Die Wahlbeteiligung steigt so auf 7,4 Prozent. 16 der 19 Gewählten sind neu im Gremium. Die Peruanerin Cristina Valega Chipoco und der Syrer Ali Sari bilden die neue Doppelspitze. **Weichen gestellt:** Mit einem „Haus des Jugendrechts“ wollen Staatsanwaltschaft und Polizei sowie die Jugendämter von Stadt und Landkreis dazu beitragen, besonders auffällige jugendliche Straftäter*innen möglichst schnell wieder auf die richtige Bahn zu bringen.

Neues Schmuckstück: Nach den wenig erfreulichen Debatten um den Pergolaplatz sorgt der Colombipark jetzt für positive Schlagzeilen. Der auch mit viel bürgerschaftlichem Engagement unterstützte Spielplatz „Colombini“ wird eröffnet und sofort von den Kindern in Beschlag genommen.

Gefragter Mann: Generalmusikdirektor André de Ridder gibt bekannt, dass er als Chefdirigent an die English National Opera in London wechseln wird. Glücklicherweise bleibt das Ausnahmetalent am Taktstock noch bis 2027 in Freiburg – so lange läuft sein Vertrag.

Juni

Vorsorge tut Not: Starkregen kann in kürzester Zeit für Überschwemmungen sorgen – auch weitab von Flüssen und Bächen. Die Stadtverwaltung veröffentlicht Gefahrenkarten und zeigt auf Infoveranstaltungen, wie Menschen sich und ihre Häuser schützen können.

Abi in Opfingen: Die Diskussionen um eine weiterführende Schule am Tuniberg nehmen eine weitere, hoffentlich abschließende Wendung. Der Gemeinderat beschließt, dass es zusätzlich zur bereits geplanten Gemeinschaftsschule im Verbund auch eine gymnasiale Oberstufe geben soll.

10 Millionen für 100 Plätze: In Waltershofen ist die Kita zu klein – noch. Schon im Herbst 2026 soll ein zweigeschossiger Holzneubau fertig sein, der dreimal so vielen Kindern Platz bietet wie bislang.

Insta mal tausend: Seit April 2021 ist die Stadtverwaltung auch auf Instagram aktiv, jetzt erreicht der 1000. Beitrag die mittlerweile fast 30.000 Follower*innen. Socialmedia ist längst ein fester Bestandteil der städtischen Kommunikationsstrategie.

Wohnen für Azubis: In Landwasser baut die Freiburger Stadtbau ein Apartmenthaus, das bis zu 145 jungen Menschen in Ausbildung kostengünstigen Wohnraum bieten soll. Bezugsfertig ist das Pilotprojekt erst Mitte 2026 – aber jetzt beginnt die Vermarktung.

Wärme aus der Erde: Nach langer Suche hat die Badenova einen geeigneten Standort für den Bau eines Erdwärme-Heizkraftwerks gefunden – an der A5 bei Hartheim. Ein Meilenstein für die regionale Wärmewende.

Juli

Großprojekt mit Vorgeschichte: Unter den Spatenstichen des Jahres ragt einer besonders heraus. Im Lindenwäldle entstehen nicht nur 320 neue Wohnungen, wo es bislang nur 138 gab. Letztlich entsteht rund um den „Haid-Park“ ein ganz neues Quartier – unter Einbeziehung der Sinti-Gemeinschaft, die hier zu Hause ist und bleiben wird.

Stadtteilstadt ohne Stadtteil: Beim „Fest für alle“ steht das neue Quartier Dietenbach im Mittelpunkt. Die Nachfrage ist groß und zeigt, wie viele Menschen sich für eine Wohnung im Freiburger Westen interessieren. Passend dazu beschließt der Gemeinderat das Vermarktungskonzept für den ersten Bauabschnitt. Der wird „vielfältig und bunt“, sagt Baubürgermeister Haag.

Fürs Schweben gern: Seit genau 95 Jahren bringt die Schauinslandbahn Menschen auf Freiburgs Hausberg. Die weltweit erste Umlaufseilbahn hatte nur einen schweren Unfall. Nach einem Bedienfehler stürzte 1932 eine Gondel ab, drei Menschen kamen ums Leben.

„Offen, klug und frei“: Nur ein Jahr nach dem Spatenstich feiert im Stühlinger der zweite Rathausrundling Richtfest. Den zitierten Richtspruch wird die Verwaltung schon bald mit Leben füllen – 2027 soll das 111-Millionen-Euro-Projekt fertig sein. Weil hier vor allem Ämter aus dem Sozialbereich einziehen, hat sich der Name „Familienrathaus“ etabliert.

Endstation Kappler Knoten: Seit gefühlten Ewigkeiten laufen die Planungen für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 bis in den Stadtteil, dessen Namen sie im Schild führt – Littenweiler. Mit dem einstimmigen Satzungsbeschluss räumt der Gemeinderat die letzte baurechtliche Hürde beiseite.

Muster für Bürokratieabbau: Mit dem Sozialticket können Menschen, die wenig Einkommen haben, preisgünstig Bus und Bahn fahren – ein Erfolgsmodell. Jetzt beschließt der Gemeinderat, das Verfahren erheblich zu vereinfachen. Mehr Vertrauen, weniger Aufwand, lautet das neue Motto.

Ungültig, aber wirkungsvoll: Jahrzehntlang hatte niemand bemerkt, dass bei insgesamt 65 Bebauungsplänen zur formalen Gültigkeit Kleinigkeiten wie Datumsangaben fehlten. Jetzt hebt der Gemeinderat die fehlerhaften Pläne auf – die gewünschte Wirkung hatten sie trotzdem erzielt.

August

Ohne Messer: Als Baustein zur Verbesserung der Situation auf dem Stühlinger Kirchplatz gilt dort jetzt ein Verbot, Messer oder andere als Waffen geeignete Gegenstände mit sich zu führen. Die Polizei begrüßt die Entscheidung des Oberbürgermeisters als Sicherheitsgewinn.

Satzung gekippt: Zum Erhalt des Waldsee-Quartiers hatte der Gemeinderat 2019 weitgehende Regeln erlassen. Weil dadurch aber auch durchaus wünschenswerte Veränderungen wie Dachausbau oder Solarnutzung erschwert wurden, korrigiert das Gremium jetzt seinen Beschluss.

Gelebte Solidarität: Einmal mehr reist Oberbürgermeister Martin Horn in die ukrainische Partnerstadt Lviv. Gemeinsam mit seinem Amtskollegen Andrij Sadovyi legt er den Grundstein für ein Trauma- und Rehabilitationszentrum – rund eine Million Euro dafür stammen aus Freiburger Spenden.

Strategie für die Innenstadt: Coronapandemie, Onlinehandel und globale Krisen machen es dem Einzelhandel in Innenstädten schwer. Der Gemeinderat beschließt mit großer Mehrheit ein Konzept, die City zu beleben. Dass Freiburg weiterhin ein attraktiver Standort ist, zeigen mehrere hochrangige Neuansiedlungen im Lauf des Jahres.

September

Weniger, Tempo, weniger Lärm: Der Gemeinderat beschließt einstimmig die Fortschreibung des Lärmaktionsplans. Der sieht vor, auf deutlich mehr Straßen Tempo 30 vorzuschreiben. Das reduziert Lärm – und den Ärger über den von vielen kritisierten Geschwindigkeitsflickenteppich.

Ganz schön bunt: Das Theater Freiburg startet unter dem neuen Intendanten Felix Rothenhäusler in seine neue Spielzeit. Auch optisch ist die neue Ära gut zu erkennen – das neue Leitungsteam setzt auf knallige Farben und ganz viel Herz.

Punktlandungen: Zwei Großprojekte der Freiburger Bildungslandschaft sind pünktlich zum Schulstart bezugsfertig. Sechs Jahre und 31 Millionen Euro nach Baubeginn ist die Anne-Frank-Schule in Betzenhausen samt zweier Kitas größer und schöner denn je. Und beim 110-Millionen-Euro-Neubau der Staudingerschule fehlen nur noch die Außenanlagen – Schulräume, Stadtteilbibliothek und Jugendtreff sind in Betrieb.

Nimm doch den Bus: Seit 100 Jahren gehören Busse zum Stadtbild und sind ein wichtiger Teil des öffentlichen Nahverkehrs. Statt mit Diesel fahren sie heute mit Strom – genau wie ihre schienenengebundenen Kolleginnen.

Oktober

Geschenk des Jahres: Die Musikschule feiert ihren 75. Geburtstag. Zünftig feiern wollte man das eh, aber wohl niemand hat mit einer solchen Überraschung gerechnet: Nach vielen Jahren der Suche kann die kommunale Bildungseinrichtung in der Günterstalstraße ein neues Zuhause beziehen.

Badisches Dreierlei: Das Referat für Chancengerechtigkeit hat Grund zum feiern. Die Stelle zur Gleichberechtigung der Frau gibt es seit 40, die Kontaktstelle Frau und Beruf seit 30 und die Geschäftsstelle Gender Mainstreaming, die heute Diversity und Antidiskriminierung heißt, seit 20 Jahren – macht zusammen 90 Jahre im Einsatz für Chancengerechtigkeit. Danke!

Bussi am Bahnhof: Die Sanierung der Bahnhofsgarage mit ihren knapp 250 Stellplätzen hat 9,5 Millionen Euro gekostet und anderthalb Jahre gedauert. Jetzt ist es endlich wieder möglich, seine zugreisenden Lieben gebührend zu verabschieden oder zu begrüßen.

Zukunft tanken: Auf der ehemaligen Deponie Eichelbuck eröffnet die ASF eine Tankstelle für Wasserstoff, den sie vor Ort aus Solarstrom selbst produziert – und verbraucht: Als erste deutsche Stadt hat sie den kompletten Abfallfuhrpark auf den Ökotreibstoff umgestellt.

Beratung ohne Amtsmief: Seit zehn Jahren gibt es die Jugendberufsagentur im Hauptbahnhof. Alle unter 25 Jahren bekommen hier ganz niederschwellig Tipps, wie sie in Ausbildung oder Beruf vorankommen. Zum Jubiläum gratuliert OB Martin Horn: „Schön, dass wir Sie haben!“

Viel erreicht, nicht am Ziel: Gemeinderat und Verwaltung ziehen Halbzeitbilanz zum „Gesamtkonzept bezahlbar Wohnen 2030“. Mehrheitlich besteht die Meinung, dass der eingeschlagene Weg richtig sei, aber weiterverfolgt werden müsse. Eine Alternative, so Baubürgermeister Haag, sehe er nicht.

Dumm gelaufen: Ein Altglas-Fahrzeug der ASF reißt mit ausgefahrenem Ladekran bei den Westarkaden die Oberleitung der Straßenbahn ab. Die Reparatur dauert eine ganze Woche.

November

Fast schon zu kitschig: Pünktlich zum Start des Weihnachtmarkts fällt in Freiburg der erste Schnee. Die weiße Pracht ist sehr willkommen. Dafür, dass alles friedlich bleibt, sollen mobile Zufahrtssperren sorgen.

Die Stimme erheben: Im Kinder- und Jugendhilfeausschuss feiert ein neues Beteiligungsformat Premiere. Bei „Speak Up“ können Kinder und Jugendliche ihre Themen vorbringen – und die Verwaltung muss dazu Stellung nehmen. Eine Auswertung soll zeigen, ob aus dem Pilot- ein Dauerprojekt wird.

Mehr Tempo beim Bauen: Die Bundesregierung zündet den Wohnungsbauturbo – und der Gemeinderat beschließt die zur Umsetzung notwendigen Verfahrens Anpassungen. Im Gemeinderat gibt es zwar auch skeptische Stimmen, insgesamt überwiegt aber die Hoffnung.

Mehrweg statt Steuer: Um die Verpackungsflut beim schnellen Essen und Trinken unterwegs einzudämmen, startet die Verwaltung eine Mehrwegoffensive. Alle Betriebe, die mitmachen, erhalten von der Stadt eine Unterstützung. Und alle Menschen, die mitmachen, sparen sich die Verpackungssteuer, die ab Januar erhoben wird.

Dezember

Chatten mit dem Bot: Um die gewünschten Informationen auf freiburg.de (noch) schneller zu finden als bislang, holt sich die Verwaltung einen Kollegen ins Team, dessen Geschwindigkeit so atemberaubend ist, dass man ihm manchen Anfängerfehler durchaus verzeiht.

Greifbar wie nie: Die Machbarkeitsstudie zur Sanierung der Eishalle zeigt, dass das grundsätzlich möglich ist – ein K.-o.-Kriterium ist bislang nicht in Sicht. 39 Millionen Euro werden vorsichtig kalkuliert, allein fünf übernimmt ein Großspender des EHC, acht könnten vom Bund kommen. Der Gemeinderat sagt zum Gesamtpaket fast einstimmig: Machen!

Wort gehalten: Zum Start seiner Amtszeit im Juli 2018 versprach der damals neu gewählte Oberbürgermeister Martin Horn, dass Kleineschholz als einhundertprozentig gemeinwohlorientiertes Quartier entstehen soll. Die Finanzierung ist für viele Projekte zwar eine große Herausforderung, aber kurz vor Weihnachten gehen die ersten Bauanträge ein.

Rausradeln: Mit großem Bohei beginnt der Bau des Radschnellwegs RS6. Künftig soll Menschen aus Waldkirch und Emmendingen ganz flott und störungsfrei nach Freiburg radeln können. Weil das Land viel Geld beisteuert, kommt auch der zuständige Minister zum Spatenstechen.

Unvergessen: Vor 15 Jahren starb Eugen Martin, jetzt wäre er einhundert Jahre alt geworden. In seiner Stiftung bleibt das Wirken des Ehrenbürgers bis heute sicht- und spürbar.

Ein Tanzgastspiel wirbelt durchs Theater

Am Freitag, 16. Januar, um 20 Uhr feiert die deutsche Erstaufführung von „every_body“ Premiere im Theater Freiburg. Das Stück der belgischen Company Not Standing unter der Leitung von Choreograf Alexander Vantournhout verbindet Tanz und Akrobatik zu einem humorvollen Spiel mit der Schwerkraft. Die Tänzer*innen zeigen dem Publikum im Kleinen Haus: Die Dinge sind nicht immer so, wie sie scheinen.

Die Kulturförderung wird neu geordnet

Gemeinderat beschließt neue Förderinstrumente – Mehr Klarheit und Transparenz bei der Vergabe

Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat entschieden, die Kulturförderung auf neue Füße zu stellen. Statt bislang zwei soll es künftig vier Säulen geben. Institutionell gefördert werden nur Einrichtungen, die bestimmte Kriterien erfüllen. Die Entscheidung über Basisförderungen und lokalspezifische Förderungen trifft eine Jury.

Ausgangspunkt für die Neuordnung waren die Beratungen zum Doppelhaushalt 2025/2026, bei denen zwei interfraktionelle Anträge eingebracht wurden: zur Chorförderung und zur „Neuordnung der Projektmittel im Kulturbereich“. In Folge hat das Kulturamt sämtliche Zuschüsse und Projektförderungen geprüft und Vorschläge zur Neuordnung gemacht.

Aktuell gibt es zwei Förderinstrumente: die institutionelle Förderung und die Projektförderung; außerdem gibt es für die Chöre eine Basisförderung. Der Nachteil daran: Wenn sich Projekte verstetigen, fehlen Fördermöglichkeiten, dadurch steigt die Nachfrage nach institutioneller Förderung – Richtlinien gab es dafür aber bislang keine.

Vergabe nach Kriterien

Das soll sich ändern. Künftig sollen nur Einrichtungen institutionell gefördert werden, die bestimmte Kriterien erfüllen wie eine feste Organisationsstruktur, eigene Räume, einen Personalstamm und einen Jahresbetrieb mit durchlaufendem Programm. Dazu gehören etwa das Theater im Marienbad oder das Centre Culturel Français Freiburg.

Außerdem soll die Mindest-fördersumme für Institutionen bei 30.000 Euro pro Jahr liegen. Mit dieser Untergrenze hätten Städte wie Frankfurt, Dresden oder München gute Erfahrung gemacht, schreibt die Verwaltung in ihrer Vorlage. Wer darunter liegt, für den kommt die zweite Säule in Betracht: die Basisförderung, die es bislang schon für Chöre gibt – mit vierjähriger Laufzeit, um Planungssicherheit zu schaffen. Darüber entscheiden soll eine Jury, deren Besetzung noch nicht feststeht. Dritte Säule ist eine lokalspezifische Förderung für die Pflege von Brauchtum oder „stark auf Freiburg bezogener Entwicklungen“ wie Radio Dreieckland oder die Feministische Geschichtswerkstatt. Sie soll fortgeführt und ebenfalls alle vier Jahre vergeben werden. Vierte und letzte Säule ist eine Projektförderung für abgeschlossene und zeitlich begrenzte Vorhaben wie etwa Musikaufführungen der freien Szene oder einzelne Lesungen.

Mehr Transparenz

Diese Neuerungen sollen für mehr Flexibilität und Transparenz sorgen – seien aber nur eine Grundsatzentscheidung, betonte Kulturbürgermeister Ulrich von Kirchbach zu Beginn der Debatte. Alles Weitere werde im kommenden Jahr beziehungsweise im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen entschieden.

Auch Bärbel Schäfer von den Grünen betonte, dass es erst mal darum gehe, eine neue Struktur für die Kulturförderung auf den Weg zu bringen. „Wir wollen nichts übers Knie brechen.“ Bislang hätten kleine Kultureinrichtungen bei den Fraktionen vorsprechen müssen, um in die institutionelle Förderung zu bekommen. Für sie solle künftig nicht mehr entscheidend sein, „wer in der besten Tagesform den besten Pitch vor den Fraktionen macht, sondern wer fachlich gute Arbeit leistet“, so Schäfer.

Ähnlich argumentierte Viviane Sigg (SPD/JF): „Fördermittel sollten nicht davon abhängen, wer wen gut kennt und wann mit wem telefoniert. Das wird der Kulturszene nicht gerecht.“ Künftig sollten sich die Vergabe-Entscheidungen stärker auf Expertise und Fachlichkeit stützen. Sigg betonte auch, dass keine Kürzungen geplant seien, sondern es darum gehe, die Mittel zu sichern.

Dach oder Fundament?

Zweifel äußerte Emriye Gül von Eine Stadt für alle. Für eine solch weitreichende Entscheidung müssten zunächst die Vergabekriterien feststehen. „So haben wir ein Fundament ohne Statik, bauen ein Dach, ohne das Haus errichtet zu haben.“ Dass künftig eine Jury entscheide, ist in ihren Augen „ein Verschiebebahnhof weg vom demokratisch legitimierten Gemeinderat“.

Dem widersprach Carolin Jenkner von der CDU: „Mit diesem Beschluss bauen wir das Fundament. Wir geben die Zielsetzung und Struktur vor, aber natürlich gehen wir mit allen Kulturschaffenden in Gespräche.“ Ziel seien ein transparentes System und infolge der Jury-Entscheidung mehr Objektivität.

„Ob das erreicht wird, wissen wir nicht“, sagte FR4U-Stadträtin Sonja Wagner. Es gebe noch grundlegende Fragen, die es vorab zu beantworten gelte – ihr Vorschlag war, bei den Chören zu starten. Auch Johannes Gröger von den Freien Wählern äußerte Zweifel an der richtigen Reihenfolge. „Erst beteiligen, dann lernen, dann beschließen“ – ein Beteiligungsprozess wäre sinnvoll gewesen.

Franco Orlando von FDP/BfF meinte: „Kultur braucht Freiheit, aber auch klare Strukturen.“ Die Reform beende endlich den Wildwuchs, Kulturförderung dürfe keine Frage von „Wer kennt wen“ sein. Seine Fraktion stimme gerne zu.

„Bürokratiemonster“

Der meiste Gegenwind kam von Markus Schillberg (Kultur/Inklusion). Die Reform sei „ein bürokratisches Monster“ und noch „überhaupt nicht ausgegoren und fertig“. Es gehe den Fraktionen einzig darum „bequemere Haushaltsberatungen“ mit weniger Gesprächen zu haben. Außerdem schaffe die Reform die nötigen Instrumente für womöglich anstehende Kürzungen der Fördermittel.

Das wiederum wies Bürgermeister von Kirchbach vehement von sich. „Ich wäre vom Pferd getreten, in den letzten Monaten meiner Amtszeit eine Kürzung in die Wege zu leiten. Ich bin stolz auf unsere vielfältige Kultur.“ Und die Jury sei kein Bürokratiemonster, sondern ermögliche fachlich untermauerte Entscheidungen.

Klares Votum

Nach dieser lebhaften Debatte votierte der Gemeinderat schließlich mit elf Nein- und 34 Jastimmen für die Neuordnung der Kulturförderung. Ebenfalls angenommen wurde ein Ergänzungsantrag, der sich für einen Projektfördertopf für Festivals ausspricht und klar formulierte, dass eine Deckelung oder Kürzung der Zuschüsse nicht Ziel der Neuordnung sei.

Feierliche Einbürgerungen

In diesem Monat freute sich Freiburg über 123 neue Mitbürger*innen

Am vergangenen Samstag hat die Stadt bei einem Festakt im Historischen Kaufhaus rund 123 Freiburger*innen aus 43 Herkunftsländern eingebürgert.

Zum zweiten Mal fand die Veranstaltung im Live-Format statt. Dabei erhielten die neuen Staatsbürger*innen ihre Urkunde direkt vor Ort – zur Feier eines wichtigen Moments, auf den viele von ihnen lange warten mussten. Gemeinsam sprachen sie das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und wurden dann durch die Übergabe der Einbürgerungsurkunde offiziell zu deutschen Staatsbürger*innen.

Jeden Monat ein Festakt

Eingeladen waren alle, die im Dezember ihren Einbürgerungsbescheid erhalten haben. Zuvor veranstaltete die Stadt einmal jährlich eine Feier zu Ehren aller, die im Laufe des Jahres Deutsche geworden waren. Weil die Zahl der Einzubürgernden aber steigt – in diesem Jahr sind 735 Personen Deutsche geworden, im Vorjahr waren es noch rund 380 –, erhöhte die Stadt die Taktung. Künftig gibt es jeden Monat so eine Veranstaltung.

Die Herkunftsländer der in diesem Jahr Eingebürgerten sind sehr divers. Die mit Abstand größte Gruppe unter den 2025 neu Eingebürgerten stammt aus Syrien (123 Personen). Es folgen Rumänien (28) und Russland (24), dicht gefolgt von der Ukraine (23) und der Türkei (22). Auch in ihrem Alter unterschieden sie sich stark: Die jüngste Person mit Einbürgerungsurkunde war ein Jahr, die älteste 83 Jahre alt.

Potenziale für Clubs und Konzerthallen

Gemeinderat diskutiert Analyseergebnisse

Welches Potenzial haben Clubs und Konzerthallen in Freiburg? Das zeigt eine Analyse, die die Stadt in Auftrag gegeben und jetzt dem Gemeinderat vorgestellt hat.

Die Studie empfiehlt vor allem, bestehende Betriebe zu schützen, neue Standorte ausfindig zu machen und kulturelle Projekte frühzeitig in städtische Entwicklungsprozesse einzubeziehen.

Damit biete sie einen guten Ausgangspunkt für ein eigenes Nachtkulturkonzept, sagte Kulturlisten-Stadtrat Markus Schillberg in der letzten Gemeinderatssitzung des Jahres. Die Ergebnisse zeigten außerdem, dass sich die Nachtkultur langsam vom negativen Stigma löse.

Ähnlich sieht es Stadträtin Sonja Wagner von FR4U: „Nachtkultur ist nicht nur Störfaktor, sondern auch ein Ort des Austauschs.“ Die Potenzialanalyse schaffe eine gute Grundlage, um Clubs und Konzerthallen bei zukünftigen Bauvorhaben mitzudenken.

Grünen-Stadtrat Timothy Simms warnte jedoch davor, falsche Hoffnungen zu wecken: „Der Clubbetrieb ist wirtschaftlich schwer machbar.“ Damit die kulturelle Stadtplanung greifen könne, brauche es auch Menschen, die tragfähige Angebote schaffen.

Um die Impulse aus der Analyse aufzunehmen, legten die Fraktionen Grüne, Eine Stadt für alle, SPD/JF und FR4U dem Gemeinderat einen Antrag vor. Demnach sollen die Bebauungspläne für das „BAKOLA“-Gebäude am Fahnenbergplatz, den neuen Stadtteil Dietenbach und die Schwabentor-Achse so gestaltet werden, dass an geeigneten Stellen Konzerthallen und Clubs entstehen können.

Für besonderes Aufsehen sorgte der Vorschlag, bei der möglichen Planung eines dritten Rathauses im Stühlinger (RiS) einen Clubbetrieb im Keller zu prüfen. Darüber stimmte der Gemeinderat gesondert ab. Gegen die Stimmen von CDU, AfD und – beim Punkt Clubbetrieb im RiS 3 – auch FDP/BfF nahm der Gemeinderat beide Anträge aber mit großer Mehrheit an.

Museen zwischen den Jahren

Die Museen Freiburg – das Augustinermuseum mit dem Haus der Graphischen Sammlung, das Museum für Neue Kunst, das Museum Natur und Mensch, das Archäologische Museum Colombischlössle und das Dokumentationszentrum Nationalsozialismus – sind am zweiten Weihnachtsfeiertag (Fr, 26.12.) und am Dreikönigstag (Di, 6.1.) von 10 bis 17 Uhr geöffnet. An Heiligabend (24.12.), am ersten Weihnachtsfeiertag (25.12.), an Silvester (31.12.) sowie an Neujahr (1.1.) bleiben alle Häuser geschlossen. An allen anderen Tagen gelten die üblichen Öffnungszeiten.

www.museen.freiburg.de

Regeln für das Privatfeuerwerk

Nach Weihnachten gibt es wieder Raketen und Knaller zu kaufen. Privates Feuerwerk ist wie immer nur am 31. Dezember und am 1. Januar erlaubt. Wer Raketen zünden will, muss mindestens 18 Jahre alt sein. Auch unter Aufsicht von Erwachsenen dürfen Kinder und Jugendliche keine Feuerwerkskörper der Klasse F2 abbrennen. Für Kleinstfeuerwerk wie Knallerbsen und Wunderkerzen muss man mindestens 12 Jahre alt sein. Die unmittelbare Umgebung von Kirchen, Krankenhäusern, Kinder- und Altersheimen sowie besonders brandempfindlichen Gebäuden ist für Feuerwerk tabu – das gilt zum Beispiel für den gesamten Münsterplatz.

Zehn ausgemusterte Busse für die Ukraine

Spendenaktion der Stadt und der VAG

Zehn Dieselbusse der Freiburger Verkehrs AG (VAG) werden künftig in der Ukraine unterwegs sein: Am 9. und 15. Dezember wurden je fünf Busse nach Kiew überführt, wo sie demnächst im öffentlichen Nahverkehr eingesetzt werden.

Die Fahrzeuge waren rund 20 Jahre lang im Freiburger Linienverkehr im Einsatz und haben dabei teilweise mehr als eine Million Kilometer zurückgelegt. „Es ist mir ein wichtiges Anliegen, die Ukraine aus Freiburg heraus konkret zu unterstützen“, betonte Oberbürgermeister Martin Horn. „Unsere Busse leisten in Kiew direkte Hilfe im Alltag, gerade in einer Zeit, in der die öffentlichen Dienste stark gefordert sind. Wenn wir mit bereits vorhandenen Fahrzeugen helfen können, ist das ein sinnvoller und für mich vernünftiger Schritt.“

„Wir stellen unseren Fuhrpark konsequent auf Elektromobilität um, denn sie ist leise, effizient und verursacht lokal keine Emissionen“, sagte VAG-Vorstand Stephan Bartosch. „Für die älteren Dieselbusse wären hohe Investitionen nötig gewesen, die nicht mehr gerechtfertigt gewesen wären. In Kiew können sie dagegen sofort weiterhelfen. Für uns ist das wirtschaftlich und ökologisch der sinnvollste Weg.“

VAG-Vorstand Oliver Benz ergänzte: „Wir wollen Ressourcen schonen, wo immer es möglich ist. Dass die Busse in der Ukraine weiterfahren können, statt verschrottet zu werden, zeigt, dass verantwortliches Handeln und praktische Unterstützung miteinander vereinbar sind.“

Die Kosten für die Überführung in die Ukraine liegen bei knapp 30.000 Euro und werden je zur Hälfte von der Stadt Freiburg und der VAG getragen. Der Kontakt wurde über den Verband Deutscher Verkehrsunternehmen und die Stadt München als Partnerstadt Kiews hergestellt, um die Überführung organisieren zu können.

„Ein Gewinn für Landwasser“

Pünktlich und voll im Kostenplan sind die Bauarbeiten an der Elsässer Straße abgeschlossen

Frühe frohe Botschaft für alle, die häufig in Landwasser unterwegs sind: Der Umbau der Elsässer Straße ist fertig. Die Stadt hat sie zwischen den beiden Einmündungen der Wirthstraße zugunsten von Fuß- und Radverkehr umgebaut.

Oberbürgermeister Martin Horn sagte beim Termin vor Ort: „Viele Menschen in Landwasser haben sich seit Jahren eine freundlichere Elsässer Straße gewünscht – und heute können wir sagen: Das haben wir geschafft.“

Für die Sanierung ist das Garten- und Tiefbauamt (GuT) zuständig. Das Amt hat die Fahrbahnen der Elsässer Straße zurückgebaut und rund 900 Quadratmeter Asphaltfläche entsiegelt. Geh- und Radwege sind nun in weiten Teilen bis zu 4,5 Meter breit, für Rollstuhlfahrer*innen leichter zugänglich und mit einem Blindenleitsystem ausgestattet. Auch eine mehrere Jahre alte Forderung von der Bürgerschaft und Politik erfüllte die Stadt mit der Sanierung: Den steilen Fußgängersteig auf Höhe der Auwaldstraße Süd hat das GuT abgerissen und durch eine barrierefreie Kreuzung mit Ampeln ersetzt.

Baubürgermeister Martin Haag bedankte sich bei den Anwohner*innen, die während der Bauzeit viel Geduld aufbringen mussten. „Mit Projekten wie der Elsässer Straße gestalten wir die Stadt von morgen“, sagte Haag. „Dieser Umbau ist ein Gewinn für Landwasser.“

Die Straßenbauarbeiten kosteten die Stadt rund 2,9 Millionen Euro und werden zu rund 90 Prozent vom Land Baden-Württemberg gefördert. Das Projekt war das landesweit erste, das aufgrund eines Klimamobilitätsplans mit einem Klimabonus unterstützt wurde. Parallel zu den Bauarbeiten des GuT hat die VAG die Gleise erneuert und die Stadtbahnhaltestellen barrierefrei umgebaut.

Im Frühjahr 2026 wird das GuT noch rund 40 Bäume in den neu angelegten Grünflächen pflanzen. Zudem stehen nochmals Bauarbeiten am nördlichen Knotenpunkt Wirthstraße/Auwaldstraße an, um die Fuß- und Radverkehrsführung zu verbessern.

Das Frelö-Netz wächst weiter

Neue Fahrräder ab Januar, ab März gibt es Frelös auch in der Region

Startschuss für eine neue Phase regionaler Mobilität: 2026 wächst das Fahrradvermietsystem Frelö über Freiburg hinaus. Insgesamt wird es ab März 162 Frelö-Stationen geben, davon 100 in Freiburg, 40 im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald und 22 im Landkreis Emmendingen.

18 Kommunen im Regio-Verkehrsverbund Freiburg (RVF) sowie der Gewerbepark Breisgau bieten dann zusätzlich Frelö-Stationen an. „Das ist ein wichtiger Schritt und ein starkes Signal für die gute Zusammenarbeit in unserem Verkehrsverbund“, sagte Oberbürgermeister Martin Horn, der Aufsichtsratsvorsitzender des RVF ist. „So bringen wir die Region noch näher zusammen. Wir freuen uns, wenn noch mehr Orte dazukommen – denn nachhaltige Mobilität darf nicht an der Stadtgrenze aufhören.“

Nach dem Erfolg in Freiburg haben sich weitere Kommunen für Frelö entschieden: manche zunächst in Form von Pilotstationen. Nach positiver Resonanz werden diese in den nächsten Wochen zu regulären Stationen. Zusätzliche Standorte kommen hinzu.

Jetzt neu: E-Frelös

Bereits ab Januar sind E-Frelös in der Stadt Freiburg verfügbar, ab März dann auch an Stationen in der Region, wo die Räder mit einer Mindestreichweite von 60 Kilometern einen wichtigen Beitrag zur Vernetzung einzelner Gemeinden leisten. Insgesamt werden im Verbundgebiet des RVF fast 1200 Räder ausleihbar sein, davon sind 206 E-Frelös. Die Preise sind im gesamten RVF-Gebiet einheitlich: Standard-Frelös kosten weiterhin ein Euro für 30 Minuten, E-Frelös zwei Euro je 30 Minuten und Lastenfrelös 2,50 Euro je 30 Minuten. Alle, die ein RVF-Abo haben (Deutschland-Ticket oder Regiokarte), erhalten einen Euro Rabatt auf jede Ausleihe. Damit sind die Standard-Frelös in den ersten 30 Minuten kostenlos für diese Zielgruppe.

Platz der Begegnung in Landwasser eingeweiht

Nach neun Monaten Bauzeit sind die Umbauarbeiten für den Platz der Begegnung abgeschlossen. Für rund 1,4 Millionen Euro hat das Garten- und Tiefbauamt den Treffpunkt im Herzen von Landwasser umgestaltet: Eine hochwertige Pflasterung mit integriertem Blindenleitsystem, 13 frisch gepflanzte Bäume sowie neue Sitz- und Liegegelegenheiten machen ihn zu einem attraktiven Ort der Begegnung – in den die prägenden Kunstwerke des bisherigen Platzes integriert wurden. So sind die „Raumklänge“ in dem neuen organisch geformten Brunnen zu finden, und das „Mosswaldwiibli“ hat, frisch saniert, ebenfalls einen neuen Standort in der Mitte des Geschehens gefunden. Die Arbeiten blieben im Kosten- und Zeitrahmen.

Kurz gemeldet

Lörracher Straße frei bis Januar

Atempause in der Lörracher Straße: Die Badenova unterbricht die Bauarbeiten bis einschließlich 11. Januar 2026. Bis dahin ist die Straße frei und beidseitig befahrbar. Danach wird sie wieder voll gesperrt, und es gelten die bisher kommunizierten Einschränkungen: Eine Durchfahrt für Kfz ist in dieser Zeit nicht möglich. Anlieger*innen können jedoch jederzeit zu ihren privaten Grundstücken gelangen. Die Bauarbeiten am Fernwärmenetz dauern bis voraussichtlich August 2026.

Faulerstraße ab 5. Januar gesperrt

Die Badenova baut weiter an einer Fernwärmeleitung im Sedanquartier. Daher ist die Faulerstraße ab Montag, 5. Januar, bis voraussichtlich Ende April 2026 gesperrt. Die Bauarbeiten beginnen an der Einfahrt des Parkplatzes Faulerstraße und verlaufen in zwei Teilabschnitten bis zur Kreuzung Faulerstraße/Im Grün. In diesem 160 Meter langen Abschnitt wird die Faulerstraße voll gesperrt sein. Umleitungen werden vor Ort ausgeschildert, die Gebäude in diesem Bereich sind nur fußläufig zu erreichen. Der Parkplatz an der Faulerstraße kann nur über die Schnewlinstraße angefahren werden.

Radabstellplätze am Hauptbahnhof

Pünktlich zu Weihnachten gibt es jetzt eine neue Fahrradparkanlage östlich des Hauptbahnhofs. Damit hat das Garten- und Tiefbauamt die Fahrradabstellanlage in der Kleinen Bismarckallee um 66 Abstellplätze am Eingang zur Unterführung des Hauptbahnhofs erweitert. Rund um den Hauptbahnhof bestehen bereits zahlreiche Fahrradabstellmöglichkeiten, die von den Bürger*innen sehr gut genutzt werden, sodass es bisweilen nicht für alle Fahrräder einen sicheren Abstellplatz gibt. Diese Situation soll sich durch die zusätzlichen Plätze entspannen und damit das Fahrrad als Zubringer zum Hauptbahnhof gestärkt werden. Weitere neue Radabstellmöglichkeiten westlich des Hauptbahnhofs befinden sich derzeit in Planung. Neben den Radabstellplätzen wurden im Sinne einer klimaresilienten Stadt zwei neue Bäume gepflanzt, die künftig Schatten spenden werden.

Online-Beteiligung für neue Sitzbänke

Wo soll die Stadt neue Sitzbänke aufbauen? Wer einen Vorschlag hat, kann diesen bis zum 14. Januar 2026 online einreichen, und zwar über eine interaktive Stadtkarte: Dort können registrierte Nutzer*innen per Mausklick auswählen, wo sie gerne eine neue Sitzmöglichkeit hätten. Neben der klassischen Parkbank gibt es auch Varianten mit erhöhter Sitzfläche sowie Himmelsliegen und Podeste. Auch Jugendliche haben die Möglichkeit, sich für ihre „Ecken“ zu engagieren. Bis Mitte des Jahres bewertet die Stadt die Vorschläge und stellt dann bis zum Frühjahr 2027 zwischen 40 und 50 neue Sitzmöbel auf. Für das Projekt, das auf eine Initiative des Gemeinderats zurückgeht, stehen 300.000 Euro zur Verfügung.

www.mitmachen.freiburg.de/sitzplatz

Startklar für Solar in 60 Minuten

Im Auftrag der Stadt Freiburg bietet die Energieagentur kostenlose Solar-Beratungen an. Interessierte aus dem Freiburger Norden haben noch bis zum 22. Januar 2026 die Möglichkeit, einen Termin zu vereinbaren. Sie erhalten dabei Informationen zu Wirtschaftlichkeit und technischer Umsetzbarkeit einer Solaranlage auf ihrem Dach oder auf dem Balkon. Die Beratung erfolgt entweder vor Ort oder online. Sie ist anbieter- und produktneutral und richtet sich sowohl an Eigentümer*innen als auch an Mieter*innen.

Termine buchen unter: www.energieagentur-regio-freiburg.eu/startklarfuersolar/#anmeldung

Staudi-Altbau wird abgerissen

Nachdem die Staudingerschule zum Beginn des laufenden Schuljahres im September gemeinsam mit der Bibliothek den Betrieb im Neubau aufnehmen konnte, hat das Immobilienmanagement (IMF) im Oktober bereits mit dem inneren Rückbau des Bestandsgebäudes begonnen. Nun geht es ab Montag, 22. Dezember, auch an die Außensubstanz. Die Arbeiten sind auf die Werktage begrenzt und finden jeweils zwischen 7 und 18 Uhr statt. Nach Rückmeldungen der Nachbarschaft während des Abrisses der ersten Bestandsgebäude verzichtet das IMF auf eine Brecheranlage zur Zerkleinerung der Betonbauteile. Bis Montag, 5. Januar, soll der Rückbau der oberirdischen Geschosse abgeschlossen sein, Ende Januar dann der gesamte Abbruch. Danach wird die Baugrube verfüllt und das Außengelände hergestellt.

Nachhaltigkeit sichtbar gemacht

Auszeichnung für fünf Freiburger Unternehmen

Gleich fünf der diesjährigen Deutschen Nachhaltigkeitspreise gehen nach Freiburg. Bei einer rollenden Pressekonferenz in einem Elektrobuss der VAG hat Oberbürgermeister Martin Horn die Preisträger vorgestellt.

Dass gleich fünf Auszeichnungen nach Freiburg gehen, sei außergewöhnlich, aber zugleich kein Zufall, betonte der OB. „In Freiburg ist der Nachhaltigkeitsgedanke kein Modewort, sondern dauerhaft tief im Leben und Handeln unserer Stadt verankert.“ Besonders erfreut zeigte er sich, dass alle fünf ausgezeichneten Unternehmen Mitglied im genau vor einem Jahr gegründeten Klimapakt sind.

Mit der Freiburger Verkehrs AG wurde auch ein städtisches Unternehmen ausgezeichnet. Die Jury würdigte damit den konsequenten Ausbau einer vollständig emissionsfreien E-Bus-Flotte bis 2030 sowie dem starken Fokus auf selbst erzeugten erneuerbaren Strom, der die Klimabilanz deutlich verbessert und jährlich über 3000 Tonnen CO₂ einspart. Diesen von OB Horn als „VAG-Spirit“ gelobten Ansatz unterstrich VAG-Co-Chef Oliver Benz: „Nachhaltigkeit ist für uns eine Lebenseinstellung.“ Trotz der „aktuell schwierigen politischen Gemengelage“ wolle die VAG den Kurs halten.

Die anderen vier Auszeichnungen gingen an die Uniklinik Freiburg, die Digitalagentur re-lounge, das Fraunhofer ISE und das Mobilfunkunternehmen WETell. Die Uniklinik wurde unter anderem für die Entwicklung eines Treibhausgasrechners für Krankenhäuser, Klinikbauten in Holzbauweise sowie die Umstellung auf klimafreundlichere Anästhesieverfahren ausgezeichnet. Insgesamt würdigt die Jury das Klinikum als Vorreiter für einen emissionsärmeren Gesundheitssektor.

Die Agentur re-lounge erhielt die hochkarätige Auszeichnung für das von ihr entwickelte digitale Tool „Purement“, das die CO₂-Emissionen von Websites, Apps und Plattformen messbar macht und damit eine verlässliche Datengrundlage für gezielte Emissionsreduktionen schafft.

Das Fraunhofer ISE ist seit Jahrzehnten eine der führenden Forschungseinrichtungen für solare Energiesysteme. Die Jury des Nachhaltigkeitspreises überzeugte neben einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie auch die Entwicklung von hocheffizienten farbigen Solarmodulen, die sich unauffällig in Fassaden und Dächer integrieren lassen.

Der Mobilfunkanbieter WETell schließlich erhielt den Preis für sein konsequent an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtetes Geschäftsmodell. Die Jury hob insbesondere das klimaneutrale Wirtschaften, hohe Standards bei Datenschutz und Transparenz sowie die Gemeinwohl-Bilanzierung hervor. Damit setze das Unternehmen Maßstäbe in einer Branche, in der ökologische und soziale Verantwortung bislang weniger verbreitet sind.

Abfallkalender nicht mehr per Post

Auch die Sperrmüllkarte hat ausgedient – Gedruckte Version weiter erhältlich

Seit gut zwei Jahrzehnten landet der Abfallkalender der Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Freiburg (ASF) zum Jahreswechsel in jedem Freiburger Briefkasten. Auf den Versand verzichtet die ASF künftig, weil es alle Angebote digital gibt. Es gibt aber weiterhin eine gedruckte Variante.

Alle Informationen, die man bislang im Abfallkalender nachlesen konnte, sind online verfügbar – in der Abfall-App sowie auf der Website der ASF. Dort (unter Private Haushalte > Abfuhrtermine) findet man den gewohnten straßenindividuellen Abfallkalender.

Auch die Sperrmüllkarte wird für 2026 nicht mehr produziert, da sie für die Sperrmüllentsorgung nicht mehr benötigt wird. Stattdessen kann der Sperrmüll inklusive Terminwahl bequem online über die App, auf der Webseite oder per E-Mail (spermuell@abfallwirtschaft-freiburg.de) beantragt werden. Bei Rückfragen steht die ASF außerdem unter Tel. 0761 76707172 zur Verfügung. Selbstanlieferungen sind weiterhin am Umschlag- und Verwertungszentrum mit gültigem Personalausweis und aktuellem Abfallgebührenbescheid möglich – ganz ohne Sperrmüllkarte.

Die Abfall-App steht im Google Play Store und im App Store unter dem Namen „ASF-Abfall-App“ kostenfrei zum Download bereit. Sie bietet eine komfortable Erinnerungsfunktion für Abfuhrtermine und ist stets tagesaktuell.

Über 80 Prozent aller Anmeldungen erfolgen bereits über die Website oder die App. Das zeigt: Die Freiburger*innen nutzen zum Großteil bereits das digitale Angebot. Die Verwaltung hat die Entscheidung aus ökologischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Gründen getroffen.

Für alle, die eine nicht digitale Lösung bevorzugen, gibt es weiterhin einen gedruckten Kalender mit allen Abholterminen für sämtliche Freiburger Straßen. Dieser ist ab sofort an öffentlichen Stellen wie den Ortsverwaltungen, in den Rathäusern in der Innenstadt und im Stühlinger sowie bei der ASF-Verwaltung und auf den Recyclinghöfen erhältlich.

Glasfaserausbau macht große Fortschritte

Anschluss für über 17.000 Haushalte möglich

17.450 Haushalte können sich auf schnelle und stabile Internetverbindungen freuen: Die Deutsche Telekom hat ihre Ausbaupläne für 2026/27 vorgestellt. An die Reihe kommen Teile der Innenstadt sowie die Stadtteile Neuburg, Vauban und Herdern.

Die Altstadt selbst ist wegen teurem Pflaster, vielen Straßenbahnquerungen und beengten Baustellensituationen schwierig – aber im zweiten Quartal 2026 plant die Telekom den Ausbau südlich der Wallstraße und westlich des Rotteckrings. Auch Neuburg und Herdern sollen ab dem zweiten Quartal ausgebaut werden – allerdings ohne die Hanglagen, und in Herdern nur bis südlich der Richard-Wagner-Straße.

Im dritten Quartal 2026 sind der Stadtteil Vauban an der Reihe sowie der Teil der Unterwiehre, der bislang vom Ausbau ausgeschlossen war: östlich der Merzhauser Straße und südlich der Höllentalbahn, etwa im Birken- und Akazienweg.

Zwei kleinere Lücken werden ebenfalls geschlossen: Bereits im Winter starten Arbeiten rund um die Berta-Ottenstein- und Zita-Kaiser-Straße in Brühl. Für das Quartier Westarkaden bis Dunant- und Blücherstraße in Mooswald ist der Baustart im zweiten Quartal 2026 vorgesehen.

Die Anwohner*innen werden vor Beginn der Arbeiten schriftlich informiert. Auf www.freiburg.de/glasfaser finden sie eine interaktive Karte der Ausbaubereiche und können prüfen, welche Anbieter verfügbar sind.

Tapetenwechsel gefällig?

Freiburger Wohnungstauschbörse kann helfen

„Ist Ihnen Ihre Wohnung zu groß oder zu klein geworden? Entspricht sie nicht mehr Ihren Vorstellungen oder Bedürfnissen?“ Mit diesen Worten wendet sich die Freiburger Wohnungstauschbörse an alle, die auf der Suche nach einer neuen Wohnung sind.

Die Tauschbörse bietet eine gute Ergänzung zu den üblichen Formen der Wohnungssuche: Unter www.wohnungstausch.freiburg.de können sich Interessierte mit ihrer E-Mail-Adresse registrieren und eine Suche starten. Sie beschreiben, wo sie künftig wohnen möchten, stellen ihre eigene Wohnung als Angebot ein – und kommen so in direkten Kontakt mit anderen Tauschwilligen.

Wer bereit ist, von einer Wohnung ab drei Zimmern in eine kleinere Wohnung zu ziehen, den unterstützt die Stadt Freiburg mit einer Umzugskostenpauschale in einer Höhe von bis zu 2000 Euro.

Weitere Infos bei der Stabsstelle bezahlbares Wohnen, Tel. 0761 201-1089, E-Mail: wohnungs-tauschboerse@freiburg.de

Stellenanzeigen der Stadt Freiburg

unter www.wirliebenfreiburg.de